

# Jahresabschluss 2016

LVV Leipziger Versorgungs- und  
Verkehrsgesellschaft mbH



Leipziger

# Inhaltsverzeichnis

Lagebericht .....	Seite 3
Bilanz .....	Seite 24
Gewinn- und Verlustrechnung .....	Seite 26
Anhang .....	Seite 27
Entwicklung des Anlagevermögens .....	Seite 38
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers .....	Seite 40

# Lagebericht für das Geschäftsjahr 2016

LVV Leipziger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH, Leipzig

## 1 Grundlagen des Unternehmens

### 1.1 Geschäftsmodell

Die LVV Leipziger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH, Leipzig (Stadtholding), nimmt die Leitungsfunktion für wesentliche Unternehmen zur grundlegenden Versorgung der Stadt Leipzig mit Dienstleistungen in den Geschäftsfeldern Energie, Wasser und Mobilität wahr. Als kommunale Managementholding sorgt die Stadtholding für eine abgestimmte, wirtschaftlich erfolgreiche und sich gegenseitig fördernde Entwicklung ihrer Tochterunternehmen – insbesondere der Kommunale Wasserwerke Leipzig GmbH, Leipzig (Wasserwerke), der Leipziger Verkehrsbetriebe (LVB) GmbH, Leipzig (Verkehrsbetriebe), und der Stadtwerke Leipzig GmbH, Leipzig (Stadtwerke) – sowie ihrer standortstrategischen Finanzbeteiligungen.

Der Leipziger Konzern verbindet die Wertschöpfungsstufen Erzeugung, Handel, Infrastruktur und Vertrieb zu bedarfsgerechten und zuverlässigen Dienstleistungen der Daseinsvorsorge. Er schafft und sichert damit ein hohes Maß an regionaler Wertschöpfung für die Stadt und die Region Leipzig. Als Managementholding stärkt die Stadtholding die Ertragskraft und Ergebnisstabilität des gesamten Konzerns nachhaltig und leistet damit einen wesentlichen Beitrag zur Sicherung der Investitionsfähigkeit und Finanzierung aller Tochterunternehmen. Dies umfasst insbesondere auch die Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) auf Grundlage eines Verkehrsleistungsfinanzierungsvertrages (VLFV) mit der Stadt Leipzig.

### 1.2 Ziele und Strategien

Aufgabe der Stadtholding ist die einheitliche Leitung und Steuerung des Konzernverbundes, um die Umsetzung der Ziele der Gesellschafterin, der Stadt Leipzig, in allen Tochterunternehmen sicherzustellen. Im Fokus steht dabei eine kontinuierliche Wertsteigerung des Leipziger Konzerns im Rahmen einer nachhaltigen Unternehmensführung. Hierzu wirkt die Stadtholding im Sinne einer Managementholding auf wesentliche Funktionsbereiche der Tochterunternehmen ein oder nimmt im Einzelfall Funktionen konzernweit wahr. Durch dieses aktive Beteiligungsmanagement entsteht ein hohes Maß an Transparenz im Konzern, Risiken werden minimiert und eine effiziente Ressourcensteuerung im Sinne der stadtstrategischen Vorgaben sichergestellt.

Im Geschäftsjahr 2016 fand eine umfassende Überarbeitung der Konzernstrategie ihren Abschluss. Auf dieser Grundlage sollen die Eigentümerziele der Stadt Leipzig, unter teilweise deutlich veränderten Rahmenbedingungen in den Märkten der Daseinsvorsorge, auch zukünftig zuverlässig erreicht werden. Die Konzernstrategie zielt dabei auf profitables, nachhaltiges Wachstum und legt die Konzentration auf Geschäftsfelder, die hinsichtlich der Wettbewerbsposition und Leistungsfähigkeit dauerhafte Chancen bieten, die Finanzierung der Verkehrsleistungen in Leipzig durch konzern-eigene Mittel langfristig sicherzustellen sowie den Wert der Unternehmensgruppe systematisch und kontinuierlich zu steigern.

Der Aufsichtsrat der Stadtholding hat die Konzernstrategie umfassend beraten und im April des Geschäftsjahres 2016 beschlossen. Damit ist der Rahmen für die strategische Entwicklung der Tochterunternehmen festgelegt.

Die Konzernstrategie gibt Finanz-, Markt-, Prozess- und Mitarbeiterziele vor, legt Rahmenbedingungen für die Geschäftsfelder fest und richtet die Verzinsung für das eingesetzte Kapital am Rendite-Risiko-Profil der jeweiligen Geschäftstätigkeit aus.

- **Finanzen:** Das EBITDA im Konzern soll bis zum Jahr 2020 kontinuierlich auf Mio. EUR 230,0 gesteigert werden. Dabei hat die finanzielle Unabhängigkeit des Leipziger Konzerns vom Haushalt der Stadt Leipzig höchste Priorität.

- **Märkte:** Sicherung der Marktführerschaft in Leipzig auf Basis einer hohen Kundenzufriedenheit, Kundenloyalität und Servicequalität. Im lokalen Energiemarkt gilt es, die Wachstumsperspektiven in der Stadt Leipzig zu nutzen, Marktanteile und wahrgenommenen Kundennutzen zu steigern und die Chancen der Energiewende regional zu gestalten. Des Weiteren gilt es im Mobilitätsmarkt Leipzig, die Straßenbahn als „Rückgrat“ für E-Mobilität zu stärken und durch Kombination mit anderen Verkehrsträgern im Sinne multimodaler Mobilität weiter zu verbessern.
- **Prozesse:** Effizienz und Qualität der Prozesse konzernweit verbessern. Dazu soll insbesondere die Nutzung von Synergiepotenzialen in marktfernen Querschnittsfunktionen beitragen. Ebenso werden substantielle Ergebnisbeiträge durch Effizienzsteigerungen in den marktnahen Prozessen erwartet.
- **Mitarbeiter:** Attraktivität als Arbeitgeber erhalten. Digitalisierung der Arbeitswelt für Fach- und Führungskräfte gestalten. Eine effiziente, vorausschauende und zielgerichtete Ausbildung, Weiterbildung und Personalentwicklung bleibt eine wesentliche Grundlage für die Leistungsfähigkeit und Erfolgsorientierung der Mitarbeiter im gesamten Konzern.
- **Potenziale:** Entwicklungschancen der wachsenden Stadt und Region Leipzig für die Geschäftsentwicklung nutzen und einen Beitrag zur nachhaltigen Stadtentwicklung leisten. Unter anderem sollen Marktchancen, die beispielsweise mit der Energiewende verbunden sind, sektorenübergreifend genutzt werden, um nachhaltig profitable Ergebnisbeiträge zu generieren. Die Entwicklung von Stadtquartieren mit Mobilitäts- und Energielösungen unterstützen. Als Mobilitätsdienstleister und Energiedienstleister die Partnerschaft mit der Stadt Leipzig entwickeln.
- **Infrastruktur und Klimaschutz:** Das stadtstrategische Leitbild „Leipzig wächst nachhaltig“ fokussiert zwei zentrale Herausforderungen für den Leipziger Konzern. Einerseits den Ausbau, Umbau und die Digitalisierung der Infrastruktur für den öffentlichen Nahverkehr, die Energie- und Wasserversorgung sowie die Abwasserentsorgung. Besonderes Augenmerk im Geschäftsjahr 2016 lag und liegt dabei weiterhin auf der Abschätzung der technischen und finanziellen Folgewirkungen der neuen Bevölkerungsprognose der Stadt Leipzig, welche für das Jahr 2030 von circa 720.00 Einwohnern ausgeht. Zum Vergleich: Zum Jahresende 2016 waren 579.530 Personen mit Hauptwohnsitz in Leipzig gemeldet. Andererseits die kontinuierliche Steigerung der CO<sub>2</sub>-Effizienz in den Sektoren Strom, Wärme und Mobilität als Beitrag für eine nachhaltige Stadtentwicklung. Im Sinne des Pariser Klimaschutzabkommens aus dem Jahr 2015 tragen die Städte und ihre Unternehmen eine besondere Verantwortung für die Gestaltung einer sektorenübergreifenden Energiewende in den kommenden Jahren.
- **Wertorientiertes Wachstum:** Vor diesem Hintergrund wurden im Geschäftsjahr 2016 systematisch die bestehenden Geschäftsfelder im Leipziger Konzern auf substantielle Beiträge zur Steigerung der Ressourcen- und CO<sub>2</sub>-Effizienz im Sinne der stadtstrategischen Ziele untersucht. Im Ergebnis wurde ein Portfolio von Leuchtturmprojekten identifiziert und in dem Impulspapier für Zukunftsthemen beschrieben. In den nächsten Jahren sollen, bei Vorliegen der notwendigen wirtschaftlichen Voraussetzungen, die Projekte schrittweise umgesetzt werden. Mit wahrnehmbaren Projekten markiert dieser Ansatz die aktuelle strategische Ausrichtung der Tochterunternehmen und konkretisiert Entwicklungspotenziale, die insbesondere auf der Nahtstelle zur Stadt Leipzig und zu strategischen Partnern aus Wirtschaft und Wissenschaft liegen. Wirtschaftlichkeit bleibt dabei die Leitmaxime im Leipziger Konzern.
- **Synergien im Konzernverbund:** Die Nutzung von Synergiepotenzialen im Leipziger Konzern bleibt ein wichtiges Handlungsfeld zur nachhaltigen Ergebnissicherung und Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit. Der Aufsichtsrat der Stadtholding hat im Juni 2016 beschlossen, mittelfristig einen Ergebnisbeitrag von jährlich Mio. EUR 11,0 durch Optimierung von konzernweiten Querschnittsprozessen zu realisieren, und hat hierzu die notwendigen Rahmenbedingungen festgelegt. Die Optimierung zielt insbesondere auf die Harmonisierung, Standardisierung und Digitalisierung kaufmännischer Querschnittsprozesse in den Tochterunternehmen.
- **Markenversprechen:** Mit der aktuellen Konzernstrategie positioniert sich der Leipziger Konzern als ein wichtiger Partner der Stadt Leipzig für die Gestaltung einer sektorenübergreifenden Energiewende in einer nachhaltigen Zukunftsstadt (Smart City). Diese Ausrichtung unterstreicht auch die im Geschäftsjahr 2016 harmonisierte Markenfamilie des Leipziger Konzerns mit dem einheitlichen Markenversprechen: „Wir Leipziger machen Leipzig lebens- und liebenswerter, jeden Tag aufs Neue.“ Mit dem Jahresbeginn 2016 hat der Leipziger Konzern die Markenpositionierung der Stadtholding, der Stadtwerke, der Verkehrsbetriebe und der Wasserwerke harmonisiert und das Erscheinungsbild modernisiert.

### 1.3 Steuerungssystem

Zur Steuerung und Führung setzt der Leipziger Konzern ein wertorientiertes Managementsystem ein. Wesentliche aktive Führungsinstrumente stellen dabei die in der Konzernstrategie festgelegten strategischen Geschäftsleitplanken, der darauf aufbauende Wirtschaftsplan und die damit verbundenen Zielvereinbarungen für die Führungskräfte dar.

Mit einem aktiven Beteiligungsmanagement und dem etablierten Controllingkonzept steuert die Stadtholding die einzelnen Tochtergesellschaften. Die Abstimmung erfolgt vor allem im Rahmen des jährlichen Strategie- und Planungsprozesses. Hier werden grundsätzliche Erwägungen über Investitionen in Anlagen, Märkte und unterstützende Aktivitäten in ihren Auswirkungen auf die Unternehmenswertentwicklung festgesetzt und bewertet. Darüber hinaus werden erkennbare und quantifizierbare Chancen und Risiken analysiert, um einen möglichen Ergebniskorridor darzustellen. Die Planung im Leipziger Konzern erfolgt primär durch strategische Vorgaben. Damit wird die Planung der einzelnen Tochtergesellschaften unterstützt und ausgerichtet sowie eine konzernweite Transparenz geschaffen. Über konsistente Zielvereinbarungen werden die Konzernziele auf die Tochtergesellschaften heruntergebrochen.

Das Konzept einer wertorientierten Steuerung der Tochtergesellschaften auf der Basis von Kennzahlen, welche für die Steuerung des Gesamtkonzerns von Bedeutung sind, spielt eine bedeutende Rolle auf Ebene der Tochtergesellschaften Stadtwerke, Verkehrsbetriebe und Wasserwerke. Die Berichterstattungssysteme von Ist- und Planungsrechnungen, in deren Rahmen die Umsetzung der strategischen Ziele verfolgt und Maßnahmen zur Gegensteuerung bei Planabweichungen eingeleitet werden, werden fortlaufend weiterentwickelt. Neben der standardmäßigen monatlichen Berichterstattung erfolgt im Bedarfsfall eine ad-hoc- beziehungsweise maßnahmenorientierte Auswertung der jeweiligen Geschäftsentwicklung.

Der Steuerung der Stadtholding werden unter anderem folgende Leistungskennzahlen zugrunde gelegt:

#### Kennzahlen

		2015 Ist	2016 Plan	2016 Ist	2017 Plan
Jahresergebnis	Mio. EUR	20,2	-6,6	-5,3	3,3
Adjustierte Eigenkapitalquote	%	39,3	37,0	37,1	38,9
Nettobankverschuldung	Mio. EUR	509,5	676,4	486,8	688,6
Eigene Mittel im Sinne des VLFV	Mio. EUR	45,0	45,0	45,0	45,0

Die adjustierte Eigenkapitalquote ermittelt sich aus dem bilanziellen Eigenkapital zuzüglich des nachrangigen Gesellschafterdarlehens dividiert durch die Bilanzsumme.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten abzüglich liquider Mittel ergeben die Nettobankverschuldung.

Die Berechnung der Eigenen Mittel erfolgt Cash-Flow-basiert entsprechend den Regelungen im VLFV zum Ende des jeweiligen Geschäftsjahres. Zahlungen an die Verkehrsbetriebe zur Finanzierung der Verkehrsleistungen können nur in dem Umfang geleistet werden, soweit ausreichend eigene Mittel aus der Tätigkeit der Stadtholding im jeweiligen Geschäftsjahr sowie aus weiteren Maßnahmen innerhalb des Leipziger Konzerns zur Verfügung stehen. Nach Maßgabe des VLFV wurden die Zahlungen an die Verkehrsbetriebe auf Mio. EUR 45,0 begrenzt.

## 2 Wirtschaftsbericht

### 2.1 Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Der kräftige Konsum hat die deutsche Wirtschaft im Jahr 2016 trotz der vielen internationalen Krisenherde noch stärker wachsen lassen als im Jahr zuvor. Das Bruttoinlandsprodukt stieg um 1,9 % und somit so stark wie seit 2011 nicht mehr. Vor allem zum Jahresende gewann die deutsche Wirtschaft noch einmal kräftig an Tempo. Die konjunkturelle Lage in Deutschland war somit auch im Jahr 2016 durch ein solides und stetiges Wirtschaftswachstum geprägt.

Der positive Schwung kommt im Wesentlichen aus dem privaten Konsum. Verbraucher gaben im Vergleich zum Vorjahr 2,0 % mehr aus. Die Rekordbeschäftigung, steigende Löhne sowie preisgünstiges Tanken und Heizen beflügelten die Kaufkraft. Zudem ist die Inflation insgesamt niedrig – auch wenn die Teuerung im Dezember wegen gestiegener Energiepreise anzog.

Entsprechend einer Anfang 2017 von der Industrie- und Handelskammer durchgeführten Konjunkturumfrage präsentiert sich die sächsische Wirtschaft in einer sehr positiven und zuversichtlichen Verfassung. Sowohl die Geschäftslage als auch die Geschäftserwartungen der sächsischen Unternehmen haben sich im Vergleich zum Vorjahr verbessert. Auch weiterhin ist ein dynamischer Konjunkturverlauf zu erwarten und die sächsische Wirtschaft dürfte auch im Jahr 2017 auf Wachstumskurs bleiben.

Von der positiven Entwicklung in Deutschland können auch die Stadt und die Region Leipzig als Heimatmarkt des Leipziger Konzerns im Geschäftsjahr 2016 profitieren. Demnach war nach Angaben der Agentur für Arbeit die Dezember-Arbeitslosigkeit in der Stadt Leipzig so niedrig wie seit 1991 nicht mehr. Diese Entwicklung wird sich im Jahr 2017 voraussichtlich fortsetzen. Auch das Wachstum der Stadt entwickelt sich weiterhin positiv. Im Jahr 2016 ist die Stadt Leipzig um mehr als 11.000 Einwohner gewachsen. Seit 2010 ist die Bevölkerungszahl Leipzigs damit um rund 100.000 gestiegen. Im Jahr 2016 gab es zum dritten Mal in Folge einen Geburtenüberschuss: 6.873 Neugeborenen standen 6.005 Sterbefälle gegenüber. Entscheidender Faktor für die Bevölkerungsentwicklung war der Wanderungsgewinn. Es gab 40.052 Zuzüge und nur 26.859 Wegzüge. Zum Jahresende hatten somit insgesamt 579.530 Menschen ihren Hauptwohnsitz in der Stadt Leipzig. Die mittleren Szenarien zum Bevölkerungswachstum erwarten einen Anstieg auf insgesamt 720.000 Einwohner in den nächsten 15 Jahren. Mit dieser prognostizierten Entwicklung ist Leipzig inzwischen diejenige Großstadt in Deutschland, die – relativ gesehen – am stärksten wächst.

Eine im Geschäftsjahr 2016 abgeschlossene Studie zu Wertschöpfung und regionalwirtschaftlichen Effekten des Leipziger Konzerns zeigt: Über Einkäufe, Löhne und Gehälter, Steuern sowie Gewinne und Ausschüttungen löst die Unternehmensgruppe einen beachtlichen regionalwirtschaftlichen Impuls aus. In die Wirtschaft der Region Leipzig fließen aus dem Konzern jedes Jahr knapp Mio. EUR 480,0, nach ganz Sachsen knapp Mio. EUR 540,0. Über die wirtschaftliche Verflechtung entstehen nennenswerte Folgeeffekte, welche messbar in Wertschöpfung, Beschäftigung, Einkommen und Steuern sind. Volkswirtschaftlich betrachtet profitiert die Region Leipzig in vielfacher Hinsicht besonders von der Leipziger Gruppe als regionalem Konzern. Zunächst durch die Beschäftigung am Standort selbst. Das durch die Tarifverträge und qualifizierten Arbeitskräfte bedingte Lohnniveau wirkt sich in den regionalen Konsumausgaben der Beschäftigten an ihren Wohnorten besonders positiv aus. Weiterhin werden an den Hauptsitzen zusätzlich zu klassischen Dienstleistungen hochwertige und wissensintensive Dienstleistungen nachgefragt.

### 2.2 Geschäftsverlauf

Folgende Schwerpunkte der Geschäftstätigkeit standen im Geschäftsjahr 2016 im Mittelpunkt des unternehmerischen Handelns, bestimmten die wirtschaftliche Entwicklung und trugen im Ergebnis insgesamt zu einer positiven Geschäftsentwicklung der Stadtholding bei:

Im Zusammenhang mit dem weiteren Ausbau der Managementholding wurden im Geschäftsjahr 2016 verschiedene Initiativen vorangebracht und in den Gremien beschlossen. Im Fokus der Betrachtung des Effizienzprojektes „Service 2017“ stand im Wesentlichen der Beitrag, welcher aus einer Optimierung interner Prozesse des Konzerns geleistet werden

kann. Der Aufsichtsrat der Stadtholding hat sich im Sommer 2016 mit den Projektergebnissen abschließend befasst und grundsätzliche Entscheidungen für die Umsetzung gefasst. Auf dieser Grundlage sollen die betrachteten Serviceprozesse in den nächsten Jahren harmonisiert und weiter optimiert werden. Dabei sollen Kosteneinsparungen in Höhe von Mio. EUR 11,0 realisiert werden. Die Optimierung zielt insbesondere auf eine Harmonisierung der Serviceprozesse in den Tochterunternehmen und deren stärkere systemtechnische Unterstützung (Digitalisierung) ab. Die Teilprojekte aus dem Bereich Personalmanagement (HR 2017) und IT-Management (IT 2017) wurden im Geschäftsjahr 2016 planmäßig weiterentwickelt. Eine finale Umsetzung der beiden Teilprojekte sowie die hieraus entstehenden Synergieeffekte werden ab dem Jahr 2017 erwartet.

Nach der Neuregelung der Verkehrsleistungsfinanzierung im Jahr 2009 entspricht der an die Rechtsentwicklung angepasste VLFV in seinen Grundzügen den bisherigen Regelungen unter Berücksichtigung EU-rechtlicher Vorgaben. Er läuft bis zum Jahr 2028 und sieht – auf der Grundlage der vorgenommenen Fortschreibung bis 2018 – Zahlungen an die Verkehrsbetriebe von Mio. EUR 45,0 vor. Für die Jahre ab 2019 soll anhand von Trennungsrechnungen und des sich für den Planungszeitraum ergebenden Finanzierungsbedarfs überprüft werden, ob die bisherige Begrenzung für die Folgejahre fortzuführen oder anzupassen ist.

Für das Geschäftsjahr 2016 konnte die Finanzierung der Verkehrsbetriebe wiederum vollständig aus eigenen Mitteln des Leipziger Konzerns sichergestellt werden. Auch für das Geschäftsjahr 2017 wird entsprechend der Wirtschaftsplannung die Finanzierung vollständig aus eigenen Mitteln des Konzerns erfolgen.

Der Gesellschafter, die Stadt Leipzig, beschloss am 30. November 2015 eine Zuführung zur Kapitalrücklage der Stadtholding für die Geschäftsjahre 2015 und 2016 von jeweils Mio. EUR 2,0.

Mit Finanzierungsvertrag vom 9. Dezember 2015 wurde zwischen den Verkehrsbetrieben und der Stadtholding vereinbart, dass die Stadtholding einen Zuschuss zum Ausgleich von Finanzierungsaufwendungen für die Beschaffung neuer Straßenbahnen an die Verkehrsbetriebe erhält. Der Vertrag sieht Zahlungen für das Jahr 2015 von Mio. EUR 1,0, für 2016 von Mio. EUR 2,0 und für 2017 von Mio. EUR 1,0 vor. Darüber hinaus ist für das Jahr 2018 vorgesehen, den Verkehrsbetrieben zur Stärkung der Finanz- und Investitionskraft weitere finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen.

Diese Zahlungen an die Verkehrsbetriebe von insgesamt Mio. EUR 47,0 im Geschäftsjahr 2016 erhöhen den Buchwert der Beteiligung. Da nachhaltig nicht mit einer entsprechenden Werterhöhung zu rechnen ist, wird in gleicher Höhe eine Abschreibung auf den niedrigeren beizulegenden Wert gemäß § 253 Abs. 3 Satz 5 HGB vorgenommen.

Die Stadtholding hält Geschäftsanteile an der VNG Verbundnetz Gas Verwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft m.b.H., Leipzig (VNG VuB). Die VNG VuB hält treuhänderisch für ihre Gesellschafter Aktien an der VNG – Verbundnetz Gas Aktiengesellschaft, Leipzig (VNG). Nach Kündigung des Treuhandvertrages zwischen VNG VuB und SWE Stadtwerke Erfurt GmbH, Erfurt (SWE), erwarben die Gesellschafter der VNG VuB die ihnen angedienten Aktien nicht. Sie wurden daraufhin an die SWE im Geschäftsjahr 2016 rückübertragen. Die Sperrminorität der VNG VuB in der Hauptversammlung der VNG ging damit verloren. Die von der SWE gehaltenen Geschäftsanteile an der VNG VuB wurden eingezogen und die der verbliebenen acht Gesellschafter verhältnismäßig aufgestockt. Die Stadtholding hält entsprechend nunmehr Geschäftsanteile im Nennwert von insgesamt EUR 33.880,00 (ca. 34,6 %).

Im Rahmen der Konzernfinanzierung hat die Stadtholding im Geschäftsjahr langfristige Darlehen von insgesamt Mio. EUR 147,0 sowie mittel- bis kurzfristige Finanzmittel von Mio. EUR 36,0 bei Kreditinstituten aufgenommen. Tilgungen erfolgten im Geschäftsjahr 2016 über insgesamt Mio. EUR 128,4. Im Zusammenhang mit dem weiteren Ausbau der Konzernfinanzierung wurden langfristige Darlehen von insgesamt Mio. EUR 91,0 an Tochterunternehmen ausgereicht. Das langfristige Ziel der Refinanzierung externer Darlehensfälligkeiten von Tochterunternehmen wurde auch im Geschäftsjahr 2016 stringent weiterverfolgt.

Zu Beginn des Geschäftsjahres 2016 wurde die Konzernmarke harmonisiert und eine konzerneinheitliche Markenpositionierung eingeführt. Mit der neuen Markenfamilie harmonisieren die Unternehmen der Stadtholding ihren Auftritt. Damit verstärken die Konzernunternehmen ihre Zusammenarbeit und untermauern das Bekenntnis zu Leipzig und zur Region.

Der Londoner Court of Appeal hat am 16. Oktober 2015 dem Antrag der UBS AG, UBS Limited und UBS Global Asset Management (UK) Limited (UBS) auf Zulassung der Berufung gegen das Urteil des High Court of Justice in London vom 4. November 2014 stattgegeben. Bereits in der Folge des Urteils des High Court of Justice hatten sich die Wasserwerke und die Landesbank Baden-Württemberg (LBBW) darauf verständigt, die vor dem Landgericht Leipzig beziehungsweise dem Oberlandesgericht Dresden anhängigen Prozesse bis zu einer Entscheidung des englischen Berufungsgerichts ruhen zu lassen. Die bei der Stadtholding vorsorglich gebildete Rückstellung im Zusammenhang mit der Freistellung der Wasserwerke von den Risiken aus der CDO-Transaktion mit der LBBW wurde unter Berücksichtigung einer weiteren Zinsrückstellung von Mio. EUR 3,1 beibehalten, sodass sich die Rückstellung zum 31. Dezember 2016 auf insgesamt Mio. EUR 90,7 beläuft.

## 2.3 Ertragslage

Ertragslage	in Mio. EUR		
	2016	2015	Veränderung absolut
Betriebsergebnis	-7,3	-8,3	1,0
Beteiligungsergebnis	41,7	45,1	-3,4
Zinsergebnis	-18,9	-17,8	-1,1
neutrales Ergebnis	-2,7	-1,7	-1,0
Steuerergebnis	-18,1	3,0	-21,1
<b>Jahresergebnis</b>	<b>-5,3</b>	<b>20,2</b>	<b>-25,5</b>

Die Stadtholding schließt das Geschäftsjahr 2016 mit einem Jahresfehlbetrag von Mio. EUR 5,3 ab und erzielt damit ein besseres Ergebnis als geplant.

Bei einer Verbesserung des Betriebsergebnisses spiegeln sich im Jahresergebnis insbesondere die im Vergleich zum Vorjahr deutlich höheren Steueraufwendungen sowie ein niedrigeres Beteiligungsergebnis wider.

Das um Mio. EUR 1,0 verbesserte Betriebsergebnis steht im Zusammenhang mit im Vorjahresvergleich geringeren betrieblichen Aufwendungen. Das Vorjahr war insbesondere durch Berateraufwendungen aus der Prüfung eines potenziellen VNG-Erwerbes geprägt.

Das Beteiligungsergebnis der Stadtholding hat sich im Geschäftsjahr 2016 gegenüber dem Vorjahr um insgesamt Mio. EUR 3,4 verringert. Den um Mio. EUR 3,1 verbesserten Erträgen aus der Gewinnabführung stehen die – wie bereits in der Wirtschaftsplanung berücksichtigt – ausgebliebene Dividendenzahlung der VNG (Vj.: Mio. EUR 5,5) sowie die um Mio. EUR 1,0 höheren Abschreibungen auf Finanzanlagen gegenüber. Die Verbesserung der Erträge aus Gewinnabführungsverträgen resultiert insbesondere aus der um Mio. EUR 9,7 höheren Gewinnabführung der Stadtwerke, welche die gegenüber dem Vorjahr um Mio. EUR 6,6 geringere Ergebnisabführung der Wasserwerke vollständig kompensieren konnte.

Das Jahresergebnis der Stadtwerke beträgt für das Geschäftsjahr Mio. EUR 64,1 (Plan: Mio. EUR 46,2); es liegt somit mit Mio. EUR 17,9 über dem Planwert. Die positive Ergebnisabweichung resultiert insbesondere aus einem periodenfremden Sondereffekt im Zusammenhang mit Gutschriften für Vorjahre in Höhe von Mio. EUR 20,5.

Das an die Stadtholding abgeführte Ergebnis der Wasserwerke beträgt im Geschäftsjahr 2016 Mio. EUR 23,5. Im Vergleich zum Vorjahr bedeutet dies einen Rückgang von Mio. EUR 6,6. Die geplante Ergebnisabführung der Wasserwerke von Mio. EUR 27,6 wird somit um Mio. EUR 4,1 unterschritten. Ursächlich hierfür sind vor allem Aufwendungen aus der Zahlung von Umsatzsteuer an das Finanzamt von Mio. EUR 5,3 infolge von Feststellungen der Betriebsprüfung für die Geschäftsjahre 2005 bis 2007.



Die Verkehrsbetriebe konnten auch das Geschäftsjahr 2016 mit einem ausgeglichenen Jahresergebnis abschließen. Der Anstieg der Verkehrserlöse um 4,3 % ist auf den deutlichen Anstieg der Linieneinnahmen zurückzuführen. Ursächlich hierfür waren die positive Fahrgastentwicklung insbesondere im Bereich der Stammkunden sowie die Tarifierhöhungen in den Jahren 2015 und 2016.

Zur Finanzierung der Verkehrsleistungen wurden im Rahmen des bestehenden VLFV Mio. EUR 45,0 an die Verkehrsbetriebe gezahlt. Aufgrund der zur Verfügung stehenden Liquidität konnten diese Zahlungen auch im Geschäftsjahr 2016 vollständig aus eigenen Mitteln des Leipziger Konzerns geleistet werden. Weiterhin wurde von der Stadtholding an die Verkehrsbetriebe ein Zuschuss zum Ausgleich von Finanzierungsaufwendungen für die Beschaffung neuer Straßenbahnen in Höhe von Mio. EUR 2,0 gezahlt. Diese Zahlungen erhöhen den Buchwert der Beteiligung. Da nachhaltig nicht mit einer entsprechenden Werterhöhung zu rechnen ist, wurde in gleicher Höhe eine Abschreibung auf den niedrigeren beizulegenden Wert gemäß § 253 Abs. 3 Satz 5 HGB vorgenommen.

Die Dividendenzahlungen der envia Mitteldeutsche Energie AG, Chemnitz, der KBE Kommunale Beteiligungsgesellschaft mbH an der envia, Chemnitz, und der European Energy Exchange AG, Leipzig, bewegen sich auf Vorjahresniveau. Im Gegensatz zum Vorjahr erhielt die Stadtholding im Geschäftsjahr 2016 – wie bereits in der Wirtschaftsplanung berücksichtigt – keine Dividendenzahlung der VNG. Im Vergleich zum Vorjahr bedeutet dies einen geringeren Ergebnisbeitrag von Mio. EUR 5,5.

Das Zinsergebnis (bereinigt um neutrale Effekte) verringerte sich im Vergleich zum Vorjahr um Mio. EUR 1,1. Den verbesserten Finanzierungsbedingungen der Stadtholding steht die Zuführung von Zinsrückstellungen für Steuerverpflichtungen gegenüber.

Für das der Stadtholding seitens der Stadt Leipzig gewährte Gesellschafterdarlehen entstanden im Geschäftsjahr 2016 Zinsaufwendungen von Mio. EUR 14,3. Diese wurden durch Zahlungen der Stadt Leipzig gemäß VLFV in Form einer Kapitaleinlage in gleicher Höhe ausgeglichen.

Das neutrale Ergebnis der Stadtholding für das Geschäftsjahr 2016 lag bei Mio. EUR –2,7 und somit um Mio. EUR 1,0 unter dem Vorjahreswert. Den Aufwendungen aus der Zuführung zu Zinsrückstellungen (Mio. EUR 3,9) stehen insbesondere Zinserträge im Zusammenhang mit Steuererstattungen für Vorjahre (Mio. EUR 1,0) gegenüber.

Das Jahresergebnis des Geschäftsjahres 2016 ist mit Steuern vom Einkommen und vom Ertrag von Mio. EUR 9,5 und für Vorjahre mit Mio. EUR 8,6 beeinflusst. Der Anstieg gegenüber dem Vorjahr ergibt sich hauptsächlich aus einem höheren steuerlichen Einkommen der Stadtwerke sowie aus Feststellungen im Rahmen steuerlicher Außenprüfungen im Organkreis.

## 2.4 Finanzlage

Die Veränderung des Finanzmittelbestandes und die dafür ursächlichen Mittelbewegungen werden anhand der nachfolgend zusammengefassten Kapitalflussrechnung nach dem Deutschen Rechnungslegungs Standard (DRS) 21 dargestellt.

Finanzlage	in Mio. EUR		
	2016 DRS 21	2015 DRS 21	Veränderung absolut
Cash Flow aus laufender Geschäftstätigkeit	0,6	-12,6	13,2
Cash Flow aus Investitionstätigkeit	-8,3	-20,3	12,0
Cash Flow aus der Finanzierungstätigkeit	43,2	-17,2	60,4
Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds	35,5	-50,1	85,6
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	11,0	61,1	-50,1
<b>Finanzmittelfonds am Ende der Periode</b>	<b>46,5</b>	<b>11,0</b>	<b>35,5</b>

Der Cash Flow aus der laufenden Geschäftstätigkeit von Mio. EUR 0,6 verbesserte sich gegenüber dem Vorjahr um Mio. EUR 13,2. Ursächlich hierfür sind vor allem erhaltene Steuererstattungen für Vorjahre.

Die Verbesserung des Cash Flows aus der Investitionstätigkeit um Mio. EUR 12,0 resultiert im Wesentlichen aus der Minderung der Ausreichung langfristiger Darlehen an Tochtergesellschaften. Im Rahmen der Mittelallokation wurde bestehende Liquidität zur Finanzierung von Investitionen genutzt. In Summe ergab sich aus der Ausreichung und Rückführung von Gesellschafterdarlehen ein Mittelabfluss von Mio. EUR 36,3 (Vj.: Mio. EUR 61,2). Weiterhin flossen der Stadtholding neben den im Geschäftsjahr vereinnahmten Vorabgewinnabführungen für das Jahr 2016 von Mio. EUR 53,8 (Vj.: Mio. EUR 70,0) die über die Vorauszahlungen hinausgehenden Gewinnansprüche des Vorjahres von Mio. EUR 17,2 (Vj.: Mio. EUR 5,8) zu. Darüber hinaus ist der Cash Flow aus der Investitionstätigkeit im Geschäftsjahr 2016 durch die Zahlung der zweiten Tranche des Kaufpreises aus dem Erwerb von Aktien der VNG von den Stadtwerken Nordhausen im Jahr 2015 beeinflusst.

Darüber hinaus ist der Cash Flow aus der Investitionstätigkeit von der Zahlung an die Verkehrsbetriebe im Rahmen des VLFV (Mio. EUR 45,0) sowie der Ausreichung eines Zuschusses zum Ausgleich von Finanzierungsaufwendungen für die Beschaffung neuer Straßenbahnen (Mio. EUR 2,0) geprägt.

Der Cash Flow aus der Finanzierungstätigkeit ist im Wesentlichen durch die Konzernfinanzierung gekennzeichnet. Während die Finanzierung des Konzerns im Vorjahr überwiegend aus dem vorhandenen Finanzmittelfonds erfolgte, wurde im Geschäftsjahr 2016 ein Kreditvolumen von Mio. EUR 183,0 aufgenommen. Die Rückzahlung externer Darlehen (Mio. EUR 128,4) erhöhte sich im Vorjahresvergleich im Wesentlichen aufgrund einer planmäßig auslaufenden Tranche des Konsortialdarlehens.

Im Ergebnis hat sich der Finanzmittelfonds gegenüber dem Vorjahr um Mio. EUR 35,5 auf Mio. EUR 46,6 verbessert.

Die zum 31. Dezember 2016 offenen Kreditlinien belaufen sich auf Mio. EUR 139,0.

## 2.5 Vermögenslage

### Vermögenslage

	31.12.2016		31.12.2015	Veränderung absolut
	Mio. EUR	%		
<b>Aktiva</b>				
<b>Langfristige Vermögenswerte</b>				
Anlagevermögen	1.113,2	85,4	1.093,0	20,2
<b>Kurzfristige Vermögenswerte</b>				
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	59,9	4,6	47,5	12,4
Liquide Mittel	130,7	10,0	63,3	67,4
	<b>190,6</b>	<b>14,6</b>	<b>110,8</b>	<b>79,8</b>
	<b>1.303,8</b>	<b>100,0</b>	<b>1.203,8</b>	<b>100,0</b>
<b>Passiva</b>				
<b>Eigenkapital</b>	<b>245,7</b>	<b>18,8</b>	<b>234,8</b>	<b>10,9</b>
<b>Sonderposten</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>16,3</b>	<b>-16,3</b>
<b>Mittel- bis langfristige Rückstellungen und Verbindlichkeiten</b>				
Rückstellungen	90,8	7,0	87,6	3,2
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	546,4	41,9	428,1	118,3
Verbindlichkeiten gegenüber dem Gesellschafter	237,8	18,2	237,8	0,0
	<b>875,0</b>	<b>67,1</b>	<b>753,5</b>	<b>121,5</b>
<b>Kurzfristige Rückstellungen und Verbindlichkeiten</b>				
Rückstellungen	20,4	1,6	0,9	19,5
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	71,2	5,5	144,7	-73,5
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	0,8	0,1	0,7	0,1
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	89,1	6,8	48,1	41,0
Sonstige Verbindlichkeiten	1,0	0,1	3,0	-2,0
	<b>182,5</b>	<b>14,0</b>	<b>197,4</b>	<b>-14,9</b>
<b>Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>0,6</b>	<b>0,0</b>	<b>1,8</b>	<b>-1,2</b>
	<b>1.303,8</b>	<b>100,0</b>	<b>1.203,8</b>	<b>100,0</b>

Im Vorjahresvergleich erhöht sich die Bilanzsumme um Mio. EUR 100,0. Auf der Aktivseite ist diese Entwicklung zum einen durch die Erhöhung des Anlagevermögens geprägt, welches 85,4 % der Bilanzsumme ausmacht. Maßgeblich wirkt hier der Anstieg der Finanzanlagen, der auch im Geschäftsjahr 2016 durch die weitere Ausreichung langfristiger Gesellschafterdarlehen an Tochtergesellschaften von Mio. EUR 91,0 gekennzeichnet ist. Gegenläufig wirkt die im Geschäftsjahr 2016 vorgenommene Verrechnung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse mit den Beteiligungsbuchwerten der VNG (Mio. EUR 16,3). Zum anderen ist der Anstieg der Bilanzsumme auf die Erhöhung der liquiden Mittel zurückzuführen. Der Bestand an liquiden Mitteln erhöhte sich stichtagsbedingt zum Vorjahr um Mio. EUR 67,4 insbesondere aufgrund höherer Bestände im Rahmen des Cash Managements und des Zahlungseingangs bisher ausgewiesener Steuererstattungsansprüche.

Auf der Passivseite ist die Entwicklung der Bilanzstruktur insbesondere durch einen Anstieg des Eigenkapitals, der Rückstellungen sowie der Verbindlichkeiten, insbesondere gegenüber Kreditinstituten und den verbundenen Unternehmen, geprägt.

Das Eigenkapital erhöhte sich durch Einlagen der Stadt Leipzig von insgesamt Mio. EUR 16,3. Gegenläufig wirkt der Jahresfehlbetrag von Mio. EUR 5,3 des Geschäftsjahres 2016. Zum 31. Dezember 2016 beträgt der Anteil des Eigenkapitals an der gestiegenen Bilanzsumme 18,8 %; er liegt somit 0,7 % unter dem Vorjahreswert. Unter Berücksichtigung des Gesellschafterdarlehens, für das die Stadt Leipzig einen Rangrücktritt erklärt hat, ergibt sich eine Quote von 37,1 %.

Der Anstieg der Rückstellungen steht hauptsächlich im Zusammenhang mit der Zuführung zu Steuerrückstellungen im Rahmen der Entwicklung des Steueraufwandes sowie der weiteren Zuführung von Zinsen von Mio. EUR 3,1 zur bereits in Vorjahren gebildeten Rückstellung aus der Freistellung der Wasserwerke von Risiken aus der CDO-Transaktion mit der LBBW. Die Rückstellung aus der Freistellung (Mio. EUR 90,7) wurde dem mittelfristigen Bereich zugeordnet.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten haben sich im Vorjahresvergleich um insgesamt Mio. EUR 44,8 erhöht. Der Neuaufnahme von externen Darlehen im Geschäftsjahr 2016 von insgesamt Mio. EUR 183,0, welche mit Mio. EUR 176,7 dem mittel- bis langfristigen Bereich zuzuordnen sind, stehen Tilgungen auf Darlehen von Mio. EUR 128,4 sowie die Rückführung sonstiger Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten von Mio. EUR 10,0 gegenüber.

Die Verbindlichkeiten gegenüber der Gesellschafterin Stadt Leipzig enthalten das der Stadtholding mit Vereinbarung vom 13. November 1997 gewährte Gesellschafterdarlehen zur Finanzierung des Erwerbs der Anteile an den Stadtwerken und den Wasserwerken abzüglich der in Vorjahren (bis 2008) geleisteten Tilgungen. Entsprechend dem Beschluss der Ratsversammlung vom 24. August 2016 beziehungsweise der Vereinbarung mit der Stadt Leipzig vom 19./21. Dezember 2016 wurde festgelegt, dass ausgehend vom Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2015 die Tilgungszahlungen in den Jahren 2016 bis 2018 ausgesetzt werden.

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen erhöhten sich im Wesentlichen um die Cash-Pool-Verbindlichkeiten gegenüber den Stadtwerken und den Wasserwerken.

## 2.6 Mitarbeiter und Beschäftigtenpolitik

Zum Jahresende waren bei der Stadtholding 47 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt. Im Vergleich zum Vorjahr ergibt sich somit keine Veränderung der Beschäftigtenanzahl. Planmäßig werden im Jahr 2017 personalstrategische und IT-strategische Prozesse auf Konzernebene konsolidiert. Hierzu werden strategisch-steuernde Funktionen aus den Unternehmen des Leipziger Konzerns für die Personal- und IT-Strategie in die vorhandenen Strukturen der Stadtholding integriert. Damit ist auch ein Personalübergang aus den Tochterunternehmen in die Stadtholding verbunden. Planmäßig steigt die Anzahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf maximal 54.

# 3 Risiko-, Chancen- und Prognosebericht

## 3.1 Risikobericht

### 3.1.1 Risikomanagementsystem

Verantwortungsvolle Unternehmensführung ist die Grundlage für nachhaltiges Wachstum und wirtschaftlichen Erfolg. Das systematische Erkennen und Realisieren von Chancen sowie das Vermeiden von Risiken, die dem Unternehmenserfolg entgegenstehen, spielen hierbei eine wesentliche Rolle. Das von der Stadtholding konzernweit betriebene Risikomanagementsystem ist demnach ein integraler Bestandteil der Geschäftssteuerung. Hier werden regelmäßig wesentliche Risiken der Stadtholding und ihrer Tochtergesellschaften erfasst, bewertet und an die Geschäftsführung sowie den Aufsichtsrat berichtet. Es zielt darauf ab, die Geschäftsführung in die Lage zu versetzen, Risiken, die den Fortbestand oder das wirtschaftliche Ergebnis der Stadtholding und des Leipziger Konzerns gefährden können, zu identifizieren und, soweit möglich, frühzeitig Gegenmaßnahmen einzuleiten.

Das Risikomanagement ist als kontinuierlicher Vorgang in die geschäftlichen Abläufe des Konzerns integriert und besteht aus einer Vielzahl von Bausteinen, die in die Aufbau- und Ablauforganisation des Konzerns eingebettet sind. Die direkte Verantwortung zur Früherkennung, Analyse, Steuerung und Kommunikation liegt für Risiken der Stadtholding bei der Geschäftsführung, für Risiken der Tochtergesellschaften bei der jeweiligen Geschäftsführung der Beteiligung. Zum rechtzeitigen Erkennen und Einschätzen von Risiken und gegebenenfalls Einleiten von Gegenmaßnahmen stützen sich die Geschäftsführungen in ihren Entscheidungen auf eine umfassende Beratung durch eigene kompetente Fachkräfte.

Im Rahmen des bestehenden Risikomanagements sind nach Art und Umfang potenziell bestandsgefährdende Risiken identifiziert, analysiert sowie bewertet und in Form eines Risikoportfolios inventarisiert. Den relevanten Risiken sind Frühwarnindikatoren, Eintrittswahrscheinlichkeiten, potenzielle Schadenshöhen, Schwellenwerte sowie Gegenmaßnahmen zugeordnet. Im hierauf aufbauenden Reporting werden kontinuierlich Veränderungen von Einzelrisiken des Risikoinventars der Stadtholding und wesentlicher Risiken der Tochtergesellschaften in aggregierter Form erfasst, bewertet und berichtet. Darüber hinaus existiert konzernweit ein Ad-hoc-Meldesystem auf Basis festgelegter Schwellenwerte, das ein frühzeitiges Erkennen von Veränderungen im Risikoportfolio gewährleistet. Neu erkannte, nennenswerte Risiken werden umgehend berichtet und bei Bedarf nach entsprechender Bewertung und Festlegung von Frühwarnindikatoren und Gegenmaßnahmen dauerhaft in die Berichterstattung aufgenommen. Darüber hinaus wird das Risikoportfolio regelmäßig aktualisiert und überprüft. Über die für den Gesamtkonzern zusammengefassten Risiken wird quartalsweise in den Sitzungen des Aufsichtsrates der Stadtholding in standardisierter Form berichtet.

Mit dem implementierten Risikomanagementsystem werden die Anforderungen entsprechend § 91 Abs. 2 AktG erfüllt. Es ist geeignet, bestandsgefährdende Risiken beziehungsweise die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Stadtholding beeinflussende Risiken frühzeitig zu erkennen, um diese effektiv zu steuern. Die Wirksamkeit des Risikofrüherkennungssystems wird entsprechend den gesetzlichen Anforderungen regelmäßig durch die interne Revision überprüft.

Neben der quartalsweisen Berichterstattung im Risikobericht der Stadtholding wird die Geschäftsführung über die Risiken aus Finanzinstrumenten (Finanzrisikolage) der Stadtholding sowie der Beteiligungen im Rahmen des monatlichen Finanzrisikokomitees informiert. Die Basis hierfür stellen die Finanzrisikoberichte der Stadtholding sowie des Leipziger Konzerns dar.

Die Stadtholding verfügt weiterhin über ein internes Kontrollsystem im Hinblick auf den (Konzern-)Rechnungslegungsprozess. Hierbei wurden geeignete Strukturen, Prozesse sowie die jeweiligen Verantwortlichkeiten definiert und in einem Prozesshandbuch festgehalten. Ziel des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems ist es, sicherzustellen, dass die Rechnungslegung einheitlich und im Einklang mit den gesetzlichen Vorgaben, den Grundsätzen ordnungsgemäßer Buchführung sowie den internen Richtlinien erfolgt.

### **3.1.2 Wesentliche Risiken der künftigen Entwicklung im Bereich der Stadtholding und unternehmensübergreifend im Leipziger Konzern**

Die Stadtholding ist unmittelbar vielfältigen Risiken ausgesetzt, die aus der Änderung steuerlicher, aber auch anderer rechtlicher, wirtschaftlicher sowie politischer Rahmenvorgaben resultieren. Neben Finanzrisiken beeinflussen mittelbar die – zum großen Teil operativen – Risiken der Tochtergesellschaften das Ergebnis der Stadtholding.

Aufgrund der engen Verflechtungen mit dem gesamten städtischen Organismus ist die Leipziger Gruppe in besonderer Weise mit Zukunftsaufgaben und allen sich daraus ergebenden Konsequenzen konfrontiert. Weiterhin werden die deutlichen Umbrüche und Veränderungen in den Energie- und Mobilitätssektoren vom Leipziger Konzern reflektiert.

Wesentliche Risiken der künftigen Entwicklung auf Ebene der Stadtholding sowie der Tochtergesellschaften könnten sich aus Änderungen und Umsetzungsregelungen des EU-Rechts, der Steuergesetzgebung und -rechtsprechung, der nationalen Gesetzgebung und aktuellen Rechtsprechung im Energie-, Wasser-/Abwasser- und Verkehrsbereich ergeben.

Weiterhin wird der Leipziger Konzern durch die sich auf Ebene der Tochtergesellschaften ergebenden branchenspezifischen Rahmenbedingungen beeinflusst, welche einer kontinuierlichen Überwachung bedürfen.

Insbesondere aufgrund der zunehmenden Veränderungsgeschwindigkeit und der häufigen Richtungswechsel im rechtlichen und gesellschaftlichen Umfeld wird der Beobachtung des rechtlich-politischen Umfeldes durch den Leipziger Konzern besondere Bedeutung beigemessen.

Ein weiteres Risiko besteht im Zusammenhang mit der Beteiligung an der VNG. Die VNG ist aufgrund des eingetrübten Marktumfelds in einer wirtschaftlich angespannten Situation. Die aktuellen Preise am Ölmarkt sowie die aktuellen Ölpreiserwartungen belasten das Upstreamgeschäft in Norwegen. Die niedrigeren saisonalen Unterschiede der Gaspreise schränken zudem die Vermarktungsmöglichkeiten der Gasspeicher in Deutschland ein und belasten den Erdgasgroßhandel. Die Vertriebsmargen im Großhandel sind anhaltend niedrig. Im Gastransportgeschäft wird die Absenkung der Eigenkapitalverzinsung für die anstehende dritte Regulierungsperiode die zukünftigen Erlöse mindern. Mit dem bei der VNG seit 2015 etablierten Effizienzprogramm „Ertragskraft“ wird den Entwicklungen aktiv entgegen gewirkt. Dieses beinhaltet die Straffung von Organisationsstrukturen, die Reduktion von Aufwendungen sowie das Erschließen neuer Ertragsmöglichkeiten. Die strategischen Schwerpunkte der VNG liegen im Ausbau des Endkundengeschäfts, in der Midstream-Exzellenz und der weiteren Professionalisierung im Gasgroßhandel, der Kosten- und Innovationsführung im Gasspeichergeschäft sowie der Optimierung des Upstreamgeschäfts unter Berücksichtigung der Ölpreisentwicklung. Eine Neuausrichtung der VNG-Strategie ist für das Jahr 2017 zu erwarten. Entsprechend ist die Erwartung für zukünftige Dividendenzahlungen an die Gesellschafter mit marktinduzierten Unsicherheiten belastet. Mit den eingeleiteten Maßnahmen bestehen vielversprechende Aussichten auf eine zukunftsfähige Aufstellung und somit eine verbesserte Rentabilität der VNG. Die Beteiligung an der VNG ist nach unserer Auffassung werthaltig, ein Abwertungsbedarf wird nicht gesehen.

### 3.1.3 Finanzierungsrisiken

Im Rahmen ihrer eigenen Geschäftstätigkeit sowie in ihrer Funktion der Konzernfinanzierung unterliegt die Stadtholding Finanzierungsrisiken, die durch Einsatz geeigneter Management- und Kontrollsysteme begrenzt werden.

**Liquiditätsrisiken:** Die Stadtholding als Cash-Pool-Führer steuert die Konzernliquidität über eine monatlich rollierende Liquiditätsplanung für die jeweils nächsten zwölf Monate, davon die ersten drei Monate taggenau. In diesen Prozess sind grundsätzlich alle deutschen Konzerngesellschaften einbezogen, welche in das Cash-Pool-Verfahren eingebunden sind. Aus der Liquiditätsplanung werden bei Notwendigkeit Finanzierungsmaßnahmen abgeleitet, die Liquiditätsrisiken entgegenwirken. Sofern sich ein zukünftiger Liquiditätsbedarf ergibt, der über die freien Kreditlinien hinausgeht, wird dieser durch die Stadtholding am Kapitalmarkt gedeckt. Zum 31. Dezember 2016 verfügte die Stadtholding über freie Cash-Pool-Kreditlinien in Höhe von Mio. EUR 89,0 sowie zusätzlich kurzfristig frei verfügbare Kreditlinien von Mio. EUR 70,0. Zum 31. Dezember 2016 wies der Konzern-Cash-Pool ein Guthaben von Mio. EUR 130,7 aus.

**Langfristige Finanzierungsfähigkeit:** Eine mögliche Einschränkung der Funktionsfähigkeit der Finanzmärkte insbesondere infolge von geopolitischen Unsicherheiten könnte bei Neukreditaufnahmen zu Risiken in Bezug auf platzierbare Volumina, Konditionen und erzielbare Laufzeiten führen.

Der Stadtholding steht zur Finanzierung ein breites Instrumentarium zur Mittelaufnahme an den Kapitalmärkten zur Verfügung. Ziel der Konzernfinanzierung ist dabei, die Zahlungsfähigkeit des Konzerns sicherzustellen und die Beteiligungsunternehmen mit Liquidität zu versorgen. Neben der Diversifikation bei den Instrumenten und Kontrahenten wird auch auf eine ausgeglichene Fälligkeitsstruktur geachtet.

**Marktrisiko der Finanzierung:** Aus einer möglichen Einschränkung der Funktionsfähigkeit der Finanzmärkte insbesondere im Ergebnis einer nach wie vor ungelösten Staatsschuldenkrise der Europäischen Währungsunion sowie angesichts eines unter Druck befindlichen Bankensektors können sich bei Neukreditaufnahmen Risiken in Bezug auf Volumina, Konditionen und erzielbare Laufzeiten ergeben.

**Bonitätsrisiko Leipziger Konzern:** Daneben beeinflusst die Bonität des Leipziger Konzerns die Fähigkeit, auch in Zukunft geplante Kredite mit einer in der Planung unterstellten Kreditmarge für eine Bonität im Investment Grade aufzunehmen. Hierzu führt die Konzernfinanzierung regelmäßig Gespräche mit ihren Kreditgebern, aber auch mit externen Partnern wie zum Beispiel der Bundesbank, um deren Ratingeinschätzung zu kennen beziehungsweise zu verstehen und so zeitnah Signale über eine mögliche Verschlechterung zu erhalten. Ein sehr wichtiges quantitatives Indiz für die Konzernbonität bilden die Finanzkennziffern. Die Stadtholding hat mit dem Abschluss von unbesicherten mittel- und langfristigen Darlehensverträgen Financial Covenants vereinbart, die vordefinierte Finanzrelationen wie Verschuldungsgrad und Eigenmittelquote enthalten. Der Nachweis über die Einhaltung der Financial Covenants erfolgt auf Basis der Angaben des Konzernabschlusses der Stadtholding. Die Einhaltung der Kennziffern ist für die Stadtholding sowie den Konzern von großer Bedeutung. Auf Basis der aktuellen Konzernwirtschaftsplanung für 2017 bis 2021 wird die Einhaltung der Kennzahlen sichergestellt. Bei der Vereinbarung der Finanzkennzahlen legt die Stadtholding großen Wert auf eine konsequente Standardisierung, um zum einen die Steuerung zu optimieren und zum anderen eine Gleichbehandlung aller Kreditgeber sicherzustellen.

Neben der spezifischen Risikobeurteilung auf Holding-Ebene fließt das Branchenrisiko auch in die Bonitätsbeurteilung mit ein. Die kommunalen Infrastrukturunternehmen weisen hier eine sehr gute Risikoqualität auf, auch wenn es in Einzelfällen hiervon Abweichungen gab.

**Zins-, Währungs- und Preisrisiken:** Zur Begrenzung von Zins- und Währungsrisiken sowie zur Optimierung von Kreditkonditionen können Zins- und Devisenderivate abgeschlossen werden. Ihr Einsatz ist hinsichtlich Art, Umfang, Geschäftspartnern und weiteren Bedingungen durch das Handbuch Konzernfinanzierung und entsprechende Beschlüsse der Gremien der Stadtholding geregelt.

Im Rahmen des Zinsmanagements wurden im Kreditportfolio der Stadtholding neben festverzinslichen Positionen auch variabel verzinsten Positionen kontrahiert. Die ungesicherten Finanzpositionen, die einem Zinsänderungsrisiko unterliegen, werden im monatlichen Risikoreporting mit ihrer Ergebniswirkung für das laufende und folgende Geschäftsjahr analysiert und beurteilt, sodass bei Limitüberschreitungen zeitnah Gegenmaßnahmen eingeleitet werden können.

Zum 31. Dezember 2016 wurde das noch bestehende Sicherungsgeschäft fällig. Ab dem 1. Januar 2017 befindet sich nunmehr kein Absicherungsgeschäft im Portfolio der Stadtholding. Um das Zinsänderungsrisiko der Stadtholding zu verringern, wurden variable Positionen im Jahr 2016 vorzeitig zurückgeführt.

**Ausfallrisiken Vertragspartner:** Ausfallrisiken bei den Finanzderivaten bestehen gegenüber den Kontrahenten bei Vorliegen und in Höhe von positiven Marktwerten. Gegen diese Risiken sichert sich der Leipziger Konzern mittels Risikostreuung beim Abschluss von Derivatgeschäften mit diversen ausgewählten europäischen Finanzinstituten ab.

Ausfall- und Liquiditätsrisiken sowie das Risiko des Verlustes der langfristigen Finanzierungsfähigkeit aufgrund von Bonitätsverschlechterungen bestehen im Leipziger Konzern zum jetzigen Zeitpunkt nicht.

### 3.1.4 Steuerliche Risiken

Aufgrund neuerer Erkenntnisse zum Stand der jeweiligen steuerlichen Außenprüfungen für die Jahre 2005 bis 2013 und der voraussichtlich vorzunehmenden Folgeänderungen in den noch offenen Veranlagungszeiträumen ist für den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2016 – neben der Berechnung der voraussichtlichen Steuerbelastung für das laufende Jahr – eine erneute Hochrechnung der voraussichtlichen Nachzahlungen/Erstattungen infolge von Außenprüfungen vorgenommen worden.

Im Berichtsjahr wurde die steuerliche Außenprüfung für den Zeitraum von 2005 bis 2007 beendet. Dabei wurde eine noch offene Prüfungsfeststellung für 2007 infolge geänderter Besteuerungsgrundlagen (der Höhe nach) fallengelassen. Darüber hinaus wurde hinsichtlich eines umsatzsteuerlichen Sachverhaltes, welcher Gegenstand eines Einspruchsverfahrens war, die bisherige Auffassung des Finanzamts zugunsten der Stadtholding beziehungsweise der betreffenden

Organgesellschaft aufgegeben. Die entsprechenden Steuerbescheide für 2005 bis 2007 liegen vor und die hieraus entstehenden Steuerzahlungen wurden gezahlt beziehungsweise erstattet. Bezüglich eines weiteren umsatzsteuerlichen Sachverhaltes ist das Einspruchsverfahren noch anhängig. Die hieraus zu erwartenden Steuerermehrfestsetzungen, welche bisher zur Vollziehung ausgesetzt waren, wurden im Berichtsjahr an das Finanzamt entrichtet.

Für die Veranlagungszeiträume ab 2008 wird durch die Betriebsprüfung eine von der bisherigen Methodik der Stadtholding abweichende Aufteilung der steuerlichen Ergebnisse im Organkreis auf die Sparten des steuerlichen Querverbands vertreten. Nach Abstimmungen mit dem Finanzamt im Berichtsjahr wird diese Aufteilungsmethode zum Bilanzstichtag nunmehr auch durch die Stadtholding angewandt. Die steuerlichen Außenprüfungen für die Jahre 2008 bis 2010 bei den Stadtwerken sowie den Verkehrsbetrieben sind zwischenzeitlich beendet, sodass die entsprechenden Besteuerungsgrundlagen gemäß vorliegenden Betriebsprüfungsberichten im Rahmen der Hochrechnung zugrunde gelegt wurden. Auf Ebene der Stadtwerke wurden dabei insbesondere außerplanmäßige Abschreibungen auf Biomasseanlagen nicht anerkannt. Gegenwärtig liegt für die Wasserwerke ein endgültiger Betriebsprüfungsbericht vor. Das für den Zeitraum von 2005 bis 2007 noch laufende Einspruchsverfahren ist auch für die Jahre 2008 und 2009 weiterhin anhängig. Für die Stadtholding ist die steuerliche Außenprüfung gegenwärtig noch nicht abgeschlossen. Es wurde ein Betriebsprüfungsbericht im Entwurf ausgefertigt, welcher zum Zeitpunkt der Aufstellung des Jahresabschlusses noch nicht abschließend mit dem Finanzamt abgestimmt werden konnte. Die sich hieraus und aus weiteren Feststellungen ergebenden Mehr-/Mindererträge wurden bei den steuerlichen Berechnungen berücksichtigt.

Bereits im vorangegangenen Berichtsjahr wurde für die Stadtholding und deren Organgesellschaften Stadtwerke, Verkehrsbetriebe und Wasserwerke jeweils mit einer steuerlichen Außenprüfung für den Zeitraum von 2011 bis 2013 begonnen, welche zum Abschlussstichtag noch nicht beendet war. Im Berichtsjahr wurden für die Stadtwerke einige wesentliche handelsrechtlich gebildete Rückstellungen nicht anerkannt. Diese und alle weiteren bis zum Zeitpunkt der Aufstellung des Jahresabschlusses bekannten Feststellungen und die sich hieraus ergebenden Risiken wurden im Rahmen der Hochrechnung zum 31. Dezember 2016 berücksichtigt.

Damit sind alle derzeit erkennbaren steuerlichen Risiken im Jahresabschluss abgebildet.

### 3.1.5 Unternehmensübergreifende Risiken im Leipziger Konzern

Nach Einschätzung der aktuellen Risikosituation werden bei den **Stadtwerken** insbesondere Risiken gesehen, die sich aus dem wirtschaftlichen, politischen sowie rechtlichen Umfeld ergeben. Eine besondere Bedeutung wird hierbei den energiepolitischen Rahmenbedingungen beigemessen. Die sich hieraus ergebenden Risiken bestehen hauptsächlich in der Beurteilung der künftigen politischen und marktbezogenen Entwicklungen.

Die regulatorischen Risiken werden in den Vorgaben des Energiewirtschaftsgesetzes, den Verordnungen, insbesondere den Anreizregulierungs- und Netzentgeltverordnungen sowie in den Festlegungen und Bescheiden der Regulierungsbehörden und den sich daraus ergebenden Absenkungspfaden der Erlösobergrenzen für Netzentgelte gesehen. Weitere Risiken können sich zudem aus neuen, zum Zeitpunkt der Basisjahre für die Entgeltgenehmigungen nicht bekannten Aufgaben und damit verbundenen Kosten ergeben.

Dem weiterhin bestehenden Marktpreisrisiko aus Margen für konventionelle Erzeugungsanlagen wird durch die rollierende Optimierung des Anlageneinsatzes, die Vermarktung am Terminmarkt und die Vermarktung von Systemdienstleistungen entgegengewirkt. Für die Biomasse- und Windkraftanlagen bestehen Risiken in steigenden Brennstoffpreisen beziehungsweise in zu geringem Windaufkommen.

Die Auswirkungen der Energiewende auf den Energiehandel spiegeln sich zum Beispiel in dem deutlich erkennbaren Einfluss der erneuerbaren Energien auf die Preisbildung im Stromgroßhandel sowie in erhöhten Anforderungen an das Bilanzkreismanagement wider. Vor diesem Hintergrund ist eine hohe Viertelstunden-Prognosegenauigkeit zur Vermeidung von Mehrkosten von großer Bedeutung. Risiken bestehen aufgrund der seitens der Bundesnetzagentur und des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie geplanten Verschärfung der Regelungen zum Führen von



Bilanzkreisen, welche im Ergebnis zu höheren Prozesskosten, aber auch zusätzlichen Kosten durch geplante Pönalisierungen führen können.

Der wirtschaftliche Erfolg des Endkundenmarktes hängt insbesondere von der Marktpositionierung und der Effektivität der Vertriebsaktivitäten ab. Ein aktiver und andauernder Wettbewerbsdruck, der mit teils stark wahrnehmbaren Preis- und Werbeaktivitäten der Wettbewerber einhergeht, beeinflusst das Vertriebsgeschäft der Stadtwerke nachhaltig.

In den technischen Bereichen betreiben die **Wasserwerke** eine Vielzahl von wasserwirtschaftlichen Anlagen sowie ein Rohr- und Kanalnetz mit einer Gesamtlänge von 6.343 km. Daher sind die Wasserwerke technischen Risiken, wie zum Beispiel Störungen oder Ausfällen von Betriebsanlagen, ausgesetzt. Zum Management dieser Risiken betreibt die Gesellschaft ein zertifiziertes Technisches Sicherheitsmanagement. Es bestätigt dem Unternehmen die Einhaltung von gesetzlichen und technischen Anforderungen. Steigende Einwohnerzahlen und auch der Fortschritt von Sanierungsprogrammen im Misch- und Niederschlagswassersystem, wie zum Beispiel bei Mischwassereinleitstellen, führen zu weiter steigenden Mengen und Frachten im Klärwerk Rosental. Spielräume zur Leistungssteigerung der bestehenden Anlage sind heute bis auf wenige Optionen zur verfahrenstechnischen und anlagentechnischen Optimierung ausgeschöpft. Die Planung zur baulichen Erweiterung des Klärwerkes wird mit der entsprechenden Priorität vorangetrieben. Die grundlegenden fachlichen Konzeptionen sind erarbeitet. Von zentraler Bedeutung ist nun die Einhaltung des Sach- und Zeitzieles für die Genehmigungsplanung, was vor dem Hintergrund steigender ordnungs- und umweltpolitischer Anforderungen, wie zum Beispiel aus der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie, eine besondere Herausforderung darstellt. Die entsprechenden Gutachten befinden sich aktuell in der Erarbeitung, begleitet von kontinuierlichem Austausch mit den beteiligten Behörden.

Des Weiteren besteht in diesem Bereich eine besondere Risikosituation, die vor allem durch folgende Aspekte charakterisiert ist:

#### **CDO-/CDS-Transaktionen der Wasserwerke**

Bezüglich der in den Jahren 2006 und 2007 mit verschiedenen Banken (UBS, LBBW, Depfa Bank plc) geschlossenen CDO-Geschäfte erging am 4. November 2014 ein Urteil des High Court of Justice in London. An dem Rechtsstreit beteiligt waren neben den Wasserwerken die UBS sowie die Depfa und die LBBW.

Im Ergebnis dieses Urteils sind die Wasserwerke nicht dazu verpflichtet, Zahlungen aus den CDO-Transaktionen zu leisten. Auch die CDS-Geschäfte sind rückabgewickelt. Die für die CDO- und CDS-Transaktionen erhaltenen beziehungsweise bezahlten Prämien wurden entsprechend dem Urteil bereits im Jahr 2014 zu einem Großteil zurückgezahlt.

Einem Antrag der UBS auf Zulassung der Berufung gegen dieses Urteil hat der High Court of Justice nicht stattgegeben. Die UBS hat beim Berufungsgericht die Zulassung der Berufung beantragt, welche Anfang Februar 2015 zurückgewiesen wurde. Die UBS hat daraufhin einen weiteren Antrag gestellt, über die Zulassung der Berufung mündlich zu verhandeln. Diesem Antrag gab der Court of Appeal statt und bestimmte die Anhörung über die Zulassung der Berufung der UBS auf den 7. Oktober 2015. Tatsächlich verhandelt wurde am 16. Oktober 2015 mit dem Ergebnis, dass der Court of Appeal die Berufung der UBS zuließ. Die Wasserwerke haben am 13. November 2015 die Zurückweisung der Berufung beantragt und gegen die für sie nachteiligen Feststellungen des erstinstanzlichen Urteils ebenfalls Berufung eingelegt. Auch die Depfa und die LBBW haben beim Court of Appeal die Zurückweisung der Berufung der UBS beantragt. Seither sind weitere Schriftsätze gewechselt worden. Der Court of Appeal hat die mündliche Verhandlung im Mai 2017 anberaumt. Sie wird sich nach derzeitigem Kenntnisstand über einen Zeitraum von zwei Wochen erstrecken. Eine Beweisaufnahme findet nicht statt. Ähnlich wie beim deutschen Revisionsverfahren handelt es sich bei der Berufung in England um eine reine Rechtsinstanz. Wann das Gericht eine Entscheidung in der Sache selbst trifft, ist derzeit noch offen.

Bereits in der Folge des Urteils des High Court of Justice hatten sich die Wasserwerke und die LBBW darauf verständigt, die vor dem Landgericht Leipzig und dem Oberlandesgericht Dresden anhängigen Prozesse bis zu einer Entscheidung des englischen Berufungsgerichts ruhen zu lassen.

Unverändert zu den Vorjahren wurden Rückstellungen für das potenzielle Gesamtrisiko aus diesen CDO-Transaktionen, mit Ausnahme der im Zusammenhang mit dem am 3. Juni 2013 ergangenen erstinstanzlichen Urteil des Landgerichts Leipzig vorsorglich gebildeten Rückstellung, nicht gebildet, da die Wasserwerke und die Stadtholding sowie die einbezogenen Rechtsberater und anwaltlichen Vertreter auch nach aktueller Einschätzung für die laufenden Verfahren von einer erfolgreichen Abwehr sämtlicher potenzieller Forderungen auf juristischem Wege ausgehen.

In der am 22. Oktober 2013 geschlossenen Freistellungsvereinbarung hat sich die Stadtholding gegenüber den Wasserwerken verpflichtet, diese von den möglichen Belastungen im Rahmen des Rechtsstreits der Wasserwerke gegen die LBBW zu CDO-Transaktionen bis zur Höhe von Mio. EUR 95,0 freizustellen, soweit sie den Betrag von Mio. EUR 7,6 übersteigen. Hierfür hat die Stadtholding – rein vorsorglich – eine entsprechende Rückstellung bilanziert.

Darüber hinaus sind die Stadtholding und die Wasserwerke durch die von der Ratsversammlung der Stadt Leipzig am 25. Februar 2010 beschlossene Kapitalausstattungsvereinbarung (KAV) zwischen der Stadt Leipzig und der Stadtholding im Falle eines Unterliegens vor Gericht abgesichert. In der KAV verpflichtet sich die Stadt Leipzig gegenüber der Stadtholding, diese auf Anfordern der Stadtholding unter bestimmten Voraussetzungen binnen zwei Wochen mit Kapital von bis zu Mio. EUR 290,0 auszustatten, maximal jedoch in Höhe der allein aus den CDO-Geschäften der Wasserwerke herührenden Belastungen. Die Kapitalausstattung erfolgt nur dann, wenn die Wasserwerke aus den CDO-Geschäften in Anspruch genommen werden und sie diese Inanspruchnahme jeweils nicht aus eigenen Mitteln begleichen können. Aus Gründen der Rechtssicherheit hat die Stadt Leipzig die KAV über die Bundesregierung bei der Europäischen Kommission vorsorglich angemeldet. Mit Schreiben der Europäischen Kommission vom 16. Juni 2011 hat diese mitgeteilt, dass es sich bei der KAV um keine staatliche Beihilfe im Sinne von Art. 107 Abs. 1 des Vertrages zur Arbeitsweise der Europäischen Union und Art. 60 Abs. 1 des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum handelt. Die KAV wurde daraufhin durch die Rechtsaufsichtsbehörde der Stadt Leipzig unter Auflagen und dem Vorbehalt des Widerrufs genehmigt. Hinsichtlich des Standes der Umsetzung der verfügbaren Auflagen ist die Stadt Leipzig gegenüber der Landesdirektion berichtspflichtig.

In Umsetzung der Auflagen hat die Stadt Leipzig als Gesellschafterin der Stadtholding auf Grundlage des Beschlusses der Ratsversammlung der Stadt Leipzig vom 25. Januar 2012 Gesellschafterbeschlüsse gefasst. Diese beziehen sich hauptsächlich auf die Umsetzung des Konzeptes zur Weiterentwicklung der Stadtholding als Managementgesellschaft, unter anderem zur Erzielung von ergebnisrelevanten nachhaltigen Kosteneinsparungen durch Synergien im Leipziger Konzern, auf den strategischen Umgang und die Veräußerung von Geschäftsanteilen an Tochterunternehmen im Konzernverbund sowie die Analyse und Bewertung des im Leipziger Konzern vorhandenen Anlagevermögens hinsichtlich der Betriebsnotwendigkeit. Zum Zweck der Risikovorsorge wären entsprechend den Auflagen der Landesdirektion bestimmte Beträge einer zweckgebundenen Geldanlage zuzuführen, soweit sie nicht für die Aufwendungen der Stadtholding für die Erfüllung der Zahlungsverpflichtungen aus dem VLFV oder für die Tilgung von Darlehen benötigt werden.

Die KAV kann von jeder Partei unter Einhaltung einer Dreimonatsfrist gekündigt werden. Eine Kündigung ist jedoch nicht erfolgt. Aufgrund der Regelungen in den bestehenden Darlehensverträgen liegt ein wichtiger Kündigungsgrund für den jeweiligen Darlehensvertrag vor, wenn die KAV nicht in der vereinbarten beziehungsweise nicht in einer nachteilig veränderten Form während der Laufzeit des Darlehensvertrages Bestand hat, es sei denn bei ausdrücklicher Zustimmung der jeweiligen Bank.

Obwohl der Court of Appeal die Berufung der UBS zugelassen hat und über die Berufung im Mai 2017 mündlich verhandelt wird, bestärkt das positive Urteil des High Court of Justice die Geschäftsführung der Stadtholding weiterhin in der Rechtsauffassung, dass die Wasserwerke keine Haftung aus den CDO-Geschäften trifft.

## Cross-Border-Leasing-Transaktionen (CBL-Transaktionen)

Im Hinblick auf die abgeschlossenen CBL-Transaktionen der Wasserwerke und Verkehrsbetriebe wird ein systematisches Vertragscontrolling durch die Gesellschaften und die Stadt Leipzig durchgeführt. Um mögliche Risiken jederzeit abschätzen zu können, waren auch im Geschäftsjahr 2016 neben internen Überwachungen auf vertraglicher Basis externe Dritte mit der Vertragsüberwachung sowie der rechtlichen Beratung beauftragt. Zur Risikosteuerung und -minimierung finden regelmäßig Reportings statt. Darüber hinaus wird die Einhaltung einzelner Vertragsinhalte im Rahmen von Einzelfallprüfungen sichergestellt.

Am 15. Juni 2000 schlossen die Wasserwerke zwei **CBL-Transaktionen mit den Klärwerken** Lindenthal und Rosental (Trust A) sowie Markkleeberg, Markranstädt und Taucha (Trust B) ab. Die Verträge beinhalten die Vermietung/Rückmietung der Klärwerke mit Kaufoption, bei deren Ausübung der Cross-Border-Lease im Jahr 2025 beendet werden kann (letzte Zahlung einer Leasingrate zum 15. Dezember 2025).

Für die Fremdmittelanteile der von den Wasserwerken geschuldeten Leasingraten bestehen Zahlungsinstrumente eines Finanzinstituts mit Investment-Grade-Rating gemäß Standard & Poor's und Moody's. Das Zahlungsprofil des Zahlungsinstruments ist auf die von den Wasserwerken geschuldeten Fremdmittelanteile der Leasingraten abgestimmt.

Für die Eigenmittelanteile der von den Wasserwerken geschuldeten Leasingraten besteht ein Zahlungsinstrument einer Zweckgesellschaft, die ihre Zahlungsverpflichtungen den Wasserwerken gegenüber bis Ende September 2016 durch ein Zahlungsinstrument eines Finanzinstituts mit Investment-Grade-Rating, das durch US-Staatsanleihen zusätzlich gesichert war, refinanziert hatte. Mit der am 28. September 2016 erfolgten Refinanzierung konnte das Zahlungsinstrument des Finanzinstituts gegen ein fristen- und betragskonformes Portfolio aus US-Staatsanleihen ausgetauscht werden. Seit diesem Zeitpunkt ist das Zahlungsinstrument der Zweckgesellschaft direkt durch ein zu den von den Wasserwerken geschuldeten Eigenmittelanteilen der Leasingraten fristen- und betragskonformes Portfolio aus US-Staatsanleihen hinterlegt. Das Portfolio aus US-Staatsanleihen ist zudem zugunsten des Investors verpfändet. Für das Portfolio aus US-Staatsanleihen gibt es keine vertraglich vorgegebenen Ratinganforderungen, das heißt, die bis zum 28. September 2016 diesbezüglich relevanten Ratingtrigger sind aufgehoben.

Bei einer vorzeitigen, von den Wasserwerken zu verantwortenden Vertragsauflösung kann sich ein Eventualrisiko aus der Differenz zwischen den für diesen Fall vertraglich vereinbarten (Eigenmittel-)Kündigungswerten und dem Marktwert des Eigenmittel-Zahlungsinstrumentes, der dem Marktwert des Portfolios aus US-Staatsanleihen entspricht, ergeben. Zum Jahresende 2016 lag dieser Differenzbetrag bei circa Mio. USD 44,4. Für diesen Differenzbetrag sind zusätzliche Sicherheiten zugunsten des Investors in Form von Bankavalen bei einer deutschen Landesbank bestellt. Für die Bankavale bestehen vertraglich vereinbarte Mindestratings. Da die Bankavale vor Juli 2001 begeben wurden, unterliegen diese der zeitlich uneingeschränkten Gewährträgerhaftung der damaligen Gewährträger.

Die einzige noch bestehende **CBL-Transaktion der Verkehrsbetriebe** ist die mit der Skandinaviska Enskilda Banken AB Public Sweden als Leasinggeber und Depotbank für sieben Straßenbahnen mit einer Laufzeit bis zum 29. Dezember 2041 (Kaufoptionen der Verkehrsbetriebe nach 18, 24 und 30 Jahren – erstmals im Jahr 2023). Auf der Grundlage der den Verkehrsbetrieben zum gegenwärtigen Zeitpunkt vorliegenden Informationen aus dem CBL-Vertragscontrolling ergeben sich für die Verkehrsbetriebe aus der Struktur der Transaktion und der übernommenen Verpflichtungen der beteiligten Vertragsparteien keine neuen Risiken und Haftungsverhältnisse.

Die Wasserwerke und die Verkehrsbetriebe sehen zum Berichtszeitpunkt kein akutes Ausfallrisiko in Bezug auf die CBL-Transaktionen.

Darüber hinaus werden bei den **Verkehrsbetrieben** insbesondere Risiken aus politischen und regulatorischen Veränderungen, die Auskömmlichkeit der Finanzierung durch die Aufgabenträger sowie die Entwicklung von Löhnen und Gehältern gesehen.

### 3.2 Chancenbericht

Die Stadtholding ist mittelbar und unmittelbar einer Vielzahl von Entwicklungen oder Ereignissen ausgesetzt, die das Erreichen der finanziellen und nichtfinanziellen Ziele in wesentlichem Maße beeinflussen können. Nachfolgend werden die Chancen beschrieben, welche für die Stadtholding einen maßgeblichen Einfluss haben und somit für eine positive wirtschaftliche Entwicklung wirksam sind.

Aufgrund des einzigartig niedrigen Zinsniveaus kann die Stadtholding im Vergleich zur Planung deutlich bessere Zinsergebnisse erzielen. Darüber hinaus bieten sich durch die Konzernfinanzierung Chancen aus der starken Verhandlungsposition gegenüber Kreditinstituten sowie der Vereinheitlichung von Kreditkonditionen innerhalb des Leipziger Konzerns. Die steuerliche Optimierung wird entsprechend der Rechtsentwicklung und den sich daraus ergebenden Möglichkeiten weitergeführt.

Mit dem Impulspapier für Zukunftsthemen konkretisiert die Unternehmensgruppe einige in der Konzernstrategie definierte Handlungsfelder, wie unter anderem Digitalisierung, Dekarbonisierung, Sektorenkopplung, Bürgerbeteiligung und Innovation, anhand von konkreten Leuchtturmprojekten als Beitrag für eine nachhaltige Stadtentwicklung. Das Papier beschreibt, wie durch eine abgestimmte unternehmensübergreifende Steuerung der Ansatz strukturiert vorangetrieben wird. Die weitere Bearbeitung der Projekte stellt für den Leipziger Konzern eine wesentliche Chance in der Zukunftsentwicklung dar.

Chancen für die weitere Entwicklung des Konzerns werden insbesondere auch in der weiteren Intensivierung der Zusammenarbeit der Unternehmen zur Erschließung von Synergiepotenzialen gesehen. Sowohl auf Ebene der Einzelgesellschaften als auch konzernweit wurden in den Vorjahren verschiedene Projekte zur Potenzialabschätzung und Umsetzungsplanung durchgeführt, welche sich teilweise in der Umsetzung befinden beziehungsweise zur Umsetzung vorgesehen sind.

Für das Jahr 2017 wird in Bezug auf die Aktualisierung der energiepolitischen Bedingungen mit erheblichen Einflüssen durch die Wahl zum Deutschen Bundestag und deren Entwicklungen im Vorfeld zu rechnen sein. Hinsichtlich der längerfristigen Weichenstellungen bieten die Sektorkopplung von Strom, Wärme und Mobilität und damit auch die Energiewende im Wärmeenergiemarkt positive Aspekte in der urbanen Region Leipzig.

Mit Anpassung der strategischen Ausrichtung der Stadtwerke fokussiert sich der Energiegroßhandel auf die Erbringung von Systemdienstleistungen und nutzt die damit verbundenen Chancen in einem sich ändernden Markt. Die durch die regulatorischen Anforderungen verbesserte Transparenz birgt zudem Chancen, Preisschwankungen schneller zu erkennen und hierauf reagieren zu können.

Markt- und Einsatzchancen liegen im Energiemarktdesign sowie in vertraglichen und regulatorischen Marktentwicklungen. Durch die Flexibilisierung des Gas- und Dampfturbinenkraftwerkes bestehen mittlere Chancen bei einem steigenden Strom/Gas/CO<sub>2</sub>-Spread in der Stromerzeugung. Weitere Chancen werden in der beabsichtigten Verbreiterung des Erzeugermixes durch Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen und dezentrale Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien gesehen.

Bei den Wasserwerken werden ausgehend von der aktuellen Bevölkerungsentwicklung Chancen auf Realisierung von über Plan liegenden Mengenentwicklungen und Umsätzen im Kerngeschäft gesehen. Steigende Absatzmengen wirken sich zudem positiv auf die Auslastung der technischen Anlagen der Wasserwerke aus, mit entsprechenden positiven Effekten auf die Effizienz im Anlagenbetrieb und auf die zukünftige Entwicklung der Trink- und Abwasserpreise.

Auf der Grundlage der positiven Erfahrungen und Ergebnisse in den zurückliegenden Jahren wird für die Wasserwerke insgesamt die Chance gesehen, dass durch die verstärkte Zusammenarbeit im Leipziger Konzern über die Zielgrößen hinaus mittel- bis langfristig weitere positive Effekte in Bezug auf die allgemeine Performance im Kerngeschäft und die Qualität der Unterstützungsprozesse erreicht werden können.

Chancen für die Verkehrsbetriebe ergeben sich insbesondere aus der positiven Bevölkerungsentwicklung der Stadt Leipzig und aus den prognostizierten Veränderungen im Nutzungsverhalten der Kunden hin zu öffentlichen oder individuell-öffentlichen Mobilitätsangeboten. Die Fokussierung auf spezifische Angebote und die umweltschonende Mobilität mit Straßenbahnen als Rückgrat der Elektromobilität in der Stadt Leipzig unterstreicht die Positionierung der Geschäftsführung, die Verkehrsbetriebe als integrierten Mobilitätsdienstleister für die Stadt Leipzig zu etablieren.

### 3.3 Prognosebericht

Die Ergebnisse der Stadtholding sind insbesondere von der wirtschaftlichen Entwicklung der Unternehmen im Leipziger Konzern abhängig. Gesetzliche Änderungen sowohl im Versorgungs- als auch im Verkehrsbereich werden auch im Geschäftsjahr 2017 und in den Folgejahren weitere Auswirkungen auf den Leipziger Konzern haben. Im Sinne der Ertrags- und Ergebnisstabilität für die Gesellschafterin liegt eine wichtige Aufgabe der Stadtholding darin, die Volatilität im Geschäftsverlauf der Tochterunternehmen auf Konzernebene auszugleichen.

Die konzerninterne Finanzierung der Verkehrsleistungen und Maßnahmen zur langfristigen Ergebnisverbesserung werden dabei unverändert im Mittelpunkt der Tätigkeit stehen. Die Erfolgsplanung der Stadtholding für das Geschäftsjahr 2017 ist wieder durch ein positives Jahresergebnis von Mio. EUR 3,3 gekennzeichnet. Dabei spiegeln sich insbesondere die im Vergleich zum Jahr 2016 geplanten geringeren Steueraufwendungen in der Ergebnisentwicklung wider. Die geplanten Gewinnabführungen der Tochterunternehmen bewegen sich auf dem Niveau von 2016. Der für das Jahr 2017 voraussichtlich um Mio. EUR 6,8 geringeren Ergebnisabführung der Stadtwerke steht eine um Mio. EUR 15,7 höhere Ergebnisabführung der Wasserwerke gegenüber. Langfristig werden bei der Stadtholding aufgrund der geplanten Synergieeffekte durchgehend positive Jahresergebnisse erwartet.

Unabdingbar für die zukünftige positive Ergebnisentwicklung sind die nachhaltige Sicherung der Ertragskraft des Konzerns sowie wertsteigernde Investitionen in bestehende Geschäftsfelder unter sorgsamer Abwägung aller Chancen und Risiken. Durch die Konzernsteuerung wird ein ausgewogener Einsatz der zur Verfügung stehenden Mittel sichergestellt, um die Unternehmens- und Vermögenswerte des Leipziger Konzerns langfristig zu erhalten und auszubauen. Das Agieren des Leipziger Konzerns orientiert sich dabei an den vorhandenen Ressourcen, den Branchenentwicklungen sowie den bestehenden und erwarteten gesetzlichen Rahmenbedingungen.

Ein wesentliches Ziel für die Zukunft des Leipziger Konzerns ist der Ausbau der sehr guten regionalen Wettbewerbsposition. Die Stärken der Stadtholding und ihrer Tochterunternehmen liegen im Infrastrukturgeschäft und in den damit zusammenhängenden Dienstleistungen. Bei diesen gilt es, die wirtschaftlichen Chancen, welche sich auch aus der wachsenden Prosperität der Stadt Leipzig ergeben, zu nutzen. Um die permanenten Herausforderungen erfolgreich anzugehen, den Kundennutzen weiter zu stärken und die eigenen Ziele im Wettbewerb umzusetzen, ist die unveränderte Ausrichtung auf das Kerngeschäft geboten.

Demnach können Zahlungen der Stadtholding an die Verkehrsbetriebe im Rahmen des VLFV sowie Tilgungen auf das Gesellschafterdarlehen auch künftig nur in dem Umfang geleistet werden, in dem entsprechend den vertraglichen Vereinbarungen ausreichend eigene Mittel aus der Geschäftstätigkeit der Stadtholding als Mutterunternehmen sowie aus weiteren Maßnahmen innerhalb des Leipziger Konzerns zur Verfügung stehen. Durch die Erschließung aller erlös- und kostenseitigen Potenziale soll die Wirtschaftlichkeit erhöht werden, um den in der Wirtschaftsplanung für 2017 und die Folgejahre vorgesehenen Finanzierungsbeitrag von Mio. EUR 45,0 p.a. auch mittelfristig nicht zu überschreiten. Darüber hinaus sollen die finanziellen Belastungen aus den investitionsbedingt steigenden Finanzierungsaufwendungen durch Zahlungen von Mio. EUR 2,0 p.a. bis zum Jahr 2021 ausgeglichen werden. Weiterhin ist für das Jahr 2018 vorgesehen, den Verkehrsbetrieben weitere finanzielle Mittel von Mio. EUR 3,0 für Investitionen insbesondere in Infrastruktur und Fahrzeuge zur Verfügung zu stellen. Demnach nehmen die Sicherung der Effizienzsteigerung sowie eine kontinuierliche Weiterentwicklung innerhalb des Leipziger Konzerns eine unverändert hohe und weiter zunehmende Bedeutung ein. In der Wirtschaftsplanung für 2017 und für die Folgejahre sind auf Konzernebene Effizienzpotenziale aus Kostensenkungen abgebildet. Mit den Projekten „HR 2017“ sowie „IT 2017“ werden ab dem Jahr 2017 Effekte erwartet, welchen bei voller Wirksamkeit aller identifizierten Maßnahmen ab 2020 ein Kostensenkungspotenzial von circa Mio. EUR 4,9 innewohnt.

Die Geschäftsführungen der Wasserwerke und der Stadtholding sehen der Berufung der UBS gegen das Urteil des High Court of Justice vom 4. November 2014 zuversichtlich entgegen. Es wird davon ausgegangen, dass abgesehen von den Aufwendungen für Rechtsberatung, Gutachten und Prozesskosten sowie von den Risiken im Zusammenhang des am 3. Juni 2013 ergangenen erstinstanzlichen Urteils des Landgerichtes Leipzig im Rechtsstreit der Wasserwerke zu CDO-Transaktionen mit der LBBW, für die vorsorglich Rückstellungen gebildet worden sind, aus heutiger Sicht keine darüber hinausgehenden Belastungen der Ertragslage des Konzerns zu erwarten sind.

Auf dieser Grundlage geht die Geschäftsführung im Geschäftsjahr 2017 sowie auch mittelfristig von einer stabilen Vermögens-, Finanz- und Ertragslage aus, die geeignet ist, die konzerninterne Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs aus eigenen Mitteln sicherzustellen.

Über den Betrachtungszeitraum der Mittelfristplanung hinaus lässt sich erkennen, dass außerhalb des Planungshorizontes umfassende Investitionen auf den Leipziger Konzern zukommen, die sich aus dem dynamischen Bevölkerungswachstum und der Energiewende im Strom- und Wärmemarkt ergeben – beispielsweise durch Ausbau und Sanierung der Wasserversorgungs- und Abwasserentsorgungsanlagen („Wasserkonzept 2030“) – und aus dem bundespolitisch gewünschten Ausstieg aus der Braunkohleverstromung („Grüne Fernwärme“) sowie auch Investitionen in intelligente, vernetzte und multimodale Mobilität für die Stadt Leipzig („Mobilität 2030“). Das prognostizierte Bevölkerungswachstum der Stadt Leipzig verstärkt die Dringlichkeit für Entscheidungen aus einer gesamtheitlichen Perspektive. Im Jahr 2017 stellt die Erarbeitung eines Zukunftsbildes und der dazugehörigen Langfristplanung (15 Jahre) einen wesentlichen Tätigkeitsschwerpunkt der Stadtholding und der Tochtergesellschaften dar. Ergebnisse fließen in den anstehenden Strategieprozess für die Wirtschaftsplanung für 2018 und die Folgejahre sowie in die Fortschreibung der Mittelfristplanung bis 2022 ein.

Das stadtstrategische Leitbild „Leipzig wächst nachhaltig“ kennzeichnet die zentralen Herausforderungen für den Leipziger Konzern in den kommenden 15 Jahren. Es gilt einerseits die technische Infrastruktur dem dynamischen Bevölkerungswachstum anzupassen und andererseits, substantielle Beiträge für den Klimaschutz durch mehr CO<sub>2</sub>-Effizienz in den Sektoren Strom, Wärme und Mobilität zu erreichen. Der Leipziger Konzern ist gefordert, mit zukunftsfähigen Lösungen für zentrale Verkehrs- und Versorgungsbereiche der Stadt Leipzig einen Beitrag für eine nachhaltige Entwicklung der Zukunftsstadt zu leisten.

## 4 Erklärung zur Unternehmensführung

Am 1. Mai 2015 trat das Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im Öffentlichen Dienst in Kraft. Unternehmen, die der gesetzlichen Mitbestimmung unterliegen, müssen selbst bestimmte Ziele für den Frauenanteil an Führungspositionen festlegen.

Der Aufsichtsrat der Stadtholding hat für seine Zusammensetzung eine Zielgröße von 30,0 % und deren Erreichung bis zum 31. Dezember 2016 beschlossen.

Die Frauenquote im Aufsichtsrat zum 31. Dezember 2016 liegt bei 30,0 %. Die derzeitige Besetzung steht damit im Einklang mit den festgesetzten Zielen.

Die neue Zielgröße zur Frauenquote im Aufsichtsrat beträgt 30,0 % und soll bis zum 31. Dezember 2019 erreicht werden.

Herr Dr. Norbert Menke und Herr Volkmar Müller sind Geschäftsführer der Stadtholding. Der Aufsichtsrat der Stadtholding hat gemäß § 52 Abs. 2 Satz 2 GmbHG beschlossen, an der bestehenden Frauenquote unter den Geschäftsführern bis zum 31. Dezember 2016 festzuhalten. Die derzeitige Besetzung steht damit im Einklang mit den festgesetzten Zielen. Die neue Zielgröße zur Frauenquote innerhalb der Geschäftsführung der Stadtholding beträgt mindestens 30,0 % und soll bis zum 31. Dezember 2019 erreicht werden.

Die Geschäftsführung beschloss gemäß § 36 GmbHG, bis zum 31. Dezember 2016 einen Frauenanteil in der oberen Managementebene der Stadtholding in Höhe von 12,5 % zu erreichen. Die Frauenquote auf der oberen Managementebene zum 31. Dezember 2016 liegt bei 12,5 %. Die derzeitige Besetzung steht damit im Einklang mit den festgesetzten Zielen.

Die neue Zielgröße zur Frauenquote auf der oberen Managementebene beträgt 30,0 % und soll bis zum 31. Dezember 2019 erreicht werden. Für die mittlere Führungsebene wird rein vorsorglich, für den Fall, dass die Stadtholding eine solche Ebene einführen sollte, eine Zielgröße von 30,0 % festgelegt, welche bis zum 31. Dezember 2019 erreicht werden soll.

Leipzig, den 31. März 2017

Geschäftsführung



Dr. Norbert Menke



Volkmar Müller

# Bilanz zum 31. Dezember 2016

LVV Leipziger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH, Leipzig

<b>Aktiva</b>	in TEUR	
	<b>31.12.2016</b>	<b>31.12.2015</b>
<b>A. Anlagevermögen</b>		
<b>I. Immaterielle Vermögensgegenstände</b>		
1. Entgeltlich erworbene EDV-Programme sowie ähnliche Rechte und Werte	751	423
2. geleistete Anzahlungen	0	308
	<b>751</b>	<b>731</b>
<b>II. Sachanlagen</b>		
1. Bauten auf fremden Grundstücken	2	3
2. Betriebs- und Geschäftsausstattung	112	78
3. geleistete Anzahlungen	38	0
	<b>152</b>	<b>81</b>
<b>III. Finanzanlagen</b>		
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	590.629	590.629
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	406.040	369.726
3. Beteiligungen	115.580	131.853
	<b>1.112.249</b>	<b>1.092.208</b>
	<b>1.113.152</b>	<b>1.093.020</b>
<b>B. Umlaufvermögen</b>		
<b>I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände</b>		
1. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	46.770	25.774
2. Forderungen gegen Gesellschafter	0	8
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	51	0
4. Sonstige Vermögensgegenstände	12.899	21.690
	<b>59.720</b>	<b>47.472</b>
<b>II. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten</b>	<b>130.676</b>	<b>63.210</b>
	<b>190.396</b>	<b>110.682</b>
<b>C. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>217</b>	<b>76</b>
	<b>1.303.765</b>	<b>1.203.778</b>



<b>Passiva</b>	in TEUR	
	<b>31.12.2016</b>	<b>31.12.2015</b>
<b>A. Eigenkapital</b>		
<b>I. Gezeichnetes Kapital</b>	<b>512</b>	<b>512</b>
<b>II. Kapitalrücklage</b>	<b>199.472</b>	<b>183.201</b>
<b>III. Gewinnrücklagen</b>	<b>51.055</b>	<b>30.808</b>
<b>IV. Jahresfehlbetrag/-überschuss</b>	<b>-5.308</b>	<b>20.247</b>
	<b>245.731</b>	<b>234.768</b>
<b>B. Sonderposten für Investitionszuschüsse</b>	<b>0</b>	<b>16.273</b>
<b>C. Rückstellungen</b>		
1. Steuerrückstellungen	18.258	200
2. Sonstige Rückstellungen	92.816	88.319
	<b>111.074</b>	<b>88.519</b>
<b>D. Verbindlichkeiten</b>		
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	617.522	572.742
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	874	745
3. Verbindlichkeiten gegenüber dem Gesellschafter	237.872	237.846
4. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	89.131	48.050
5. Sonstige Verbindlichkeiten davon aus Steuern: TEUR 908 (Vj.: TEUR 257)	914	3.035
	<b>946.313</b>	<b>862.418</b>
<b>E. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>647</b>	<b>1.800</b>
	<b>1.303.765</b>	<b>1.203.778</b>

# Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2016

LVV Leipziger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH, Leipzig

in TEUR

	2016	2015
1. Umsatzerlöse	370	0
2. Sonstige betriebliche Erträge	1.045	1.953
3. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	3.664	3.431
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung davon für Altersversorgung: TEUR 140 (Vj.: TEUR 133)	624	578
	4.288	4.009
4. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	203	41
5. Sonstige betriebliche Aufwendungen	4.099	5.990
6. Erträge aus Beteiligungen	1.195	6.579
7. Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	87.566	84.477
8. Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens davon aus verbundenen Unternehmen: TEUR 8.569 (Vj.: TEUR 7.917)	8.569	7.917
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge davon aus verbundenen Unternehmen: TEUR 827 (Vj.: TEUR 1.178)	2.767	3.158
10. Abschreibungen auf Finanzanlagen	47.000	46.000
11. Zinsen und ähnliche Aufwendungen davon an verbundene Unternehmen: TEUR 4 (Vj.: TEUR 24)	33.095	30.759
<b>12. Ergebnis vor Steuern</b>	<b>12.827</b>	<b>17.285</b>
13. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	18.135	-2.962
<b>14. Ergebnis nach Steuern</b>	<b>-5.308</b>	<b>20.247</b>
<b>15. Jahresfehlbetrag/-überschuss</b>	<b>-5.308</b>	<b>20.247</b>

# Anhang für das Geschäftsjahr 2016

LVV Leipziger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH, Leipzig

## 1 Angaben zur Form und Darstellung von Bilanz sowie Gewinn- und Verlustrechnung

Die LVV Leipziger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH, Leipzig (nachfolgend Stadtholding), hat ihren Sitz in Leipzig. Sie ist im Handelsregister des Amtsgerichts Leipzig unter HRB 13860 eingetragen.

Der Jahresabschluss der Stadtholding wird nach den für große Kapitalgesellschaften maßgeblichen Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) und den ergänzenden Bestimmungen des Gesetzes betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbHG) aufgestellt.

Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

Als verbundene Unternehmen werden die Unternehmen aufgeführt, an denen die Stadtholding direkt oder indirekt mehrheitlich beteiligt ist beziehungsweise für die sie die einheitliche Leitung ausübt.

Für die Gewinn- und Verlustrechnung wird das Gesamtkostenverfahren gemäß § 275 Abs. 2 HGB gewählt.

Im Zuge der Umsetzung des Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetzes (BilRUG) entfällt ab dem Geschäftsjahr 2016 der separate Ausweis des außerordentlichen Ergebnisses. Das Gliederungsschema der Gewinn- und Verlustrechnung wurde entsprechend angepasst und die Vorjahresbeträge umgegliedert.

Die Umsatzerlöse sind nicht mit dem Vorjahr vergleichbar, da diese durch die Neudefinition gemäß § 277 Abs. 1 HGB ausgeweitet wurden. Bei Anwendung des § 277 Abs. 1 HGB in der Fassung des BilRUG hätte sich bereits ein als Umsatzerlöse auszuweisender Vorjahresbetrag in Höhe von TEUR 256 ergeben.

Das Gliederungsschema der Gewinn- und Verlustrechnung wurde um den Posten „Ergebnis vor Steuern“ ergänzt.

## 2 Erläuterungen zu den Posten von Bilanz sowie Gewinn- und Verlustrechnung bezüglich Ausweis, Bilanzierung und Bewertung

### 2.1 Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Entgeltlich erworbene immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen werden zu Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen, bewertet.

Gewährte Zuschüsse auf Gegenstände des Sachanlagevermögens werden aktivisch abgesetzt.

Die planmäßigen Abschreibungen werden nach der linearen Abschreibungsmethode über die voraussichtliche Nutzungsdauer der Anlagegegenstände vorgenommen. Anlagegegenstände, deren Anschaffungskosten im Einzelfall EUR 410,00 nicht übersteigen, werden im Jahr der Anschaffung vollständig abgeschrieben.

Finanzanlagen sind zu Anschaffungskosten zuzüglich Anschaffungsnebenkosten angesetzt. Soweit erforderlich, werden Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert vorgenommen.

Ein bisher bilanziell ausgewiesener Sonderposten von Mio. EUR 16,3, der einen zur Finanzierung des Erwerbs von Aktien an der VNG Verbundnetz Gas Aktiengesellschaft, Leipzig (VNG), gewährten Investitionszuschuss der EWE Aktiengesellschaft, Oldenburg, aus dem Jahr 2004 betrifft, wurde im Geschäftsjahr 2016 mit den Anschaffungskosten der Beteiligung an der VNG verrechnet.

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände werden zum Nennwert unter Berücksichtigung des Niederstwertprinzips erfasst.

Der Kassenbestand sowie die Guthaben bei Kreditinstituten werden mit dem Nominalwert bewertet.

Aktive Rechnungsabgrenzungsposten werden für Ausgaben gebildet, die Aufwand nach dem Bilanzstichtag darstellen.

Der Ermittlung aktiver sowie passiver latenter Steuern liegt das bilanzorientierte Temporary-Konzept zugrunde (§ 274 Abs. 1 HGB). Dabei werden auch latente Steuern auf quasi-permanente Differenzen, die sich aus der unterschiedlichen Bewertung der Beteiligungen in der Handels- und Steuerbilanz ergeben, berücksichtigt. Die einbezogenen Unterschiede beziehen sich nicht nur auf eigene Bilanzposten der Stadtholding, sondern auch auf solche, die bei Organgesellschaften bestehen. Weiterhin hat die Gesellschaft latente Steuern auf Verlustvorträge, die in den nächsten fünf Jahren voraussichtlich zu einer Steuerentlastung führen, berücksichtigt. Dieser Einschätzung liegen Planungsrechnungen der Stadtholding zugrunde. Die Berechnung erfolgt mit einem unternehmensindividuellen kombinierten Ertragsteuersatz (Körperschaftsteuer und Solidaritätszuschlag, Gewerbesteuer) von rund 31,7 % beziehungsweise im Fall von zeitlichen Bilanzierungsunterschieden bei Beteiligungen in der Rechtsform einer Personengesellschaft auf Basis eines kombinierten Ertragsteuersatzes von 15,8 %, der lediglich die Körperschaftsteuer und den Solidaritätszuschlag beinhaltet. Für das Geschäftsjahr ergibt sich unter Anwendung eines saldierten Ausweises (§ 274 Abs. 1 Satz 3 HGB) insgesamt eine aktive latente Steuer. Von dem Wahlrecht zum Ansatz des aktiven latenten Steuerüberhangs aufgrund sich ergebender Steuerentlastungen nach § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB wird kein Gebrauch gemacht.

Die latenten Steuern beruhen neben Verlustvorträgen vor allem auf Ansatzunterschieden bei der Stadtholding und den Tochterunternehmen im Organkreis. Dabei resultieren aktive latente Steuern insbesondere aus handels- und steuerrechtlich abweichenden Wertansätzen bei Sachanlagen und Finanzanlagen, Vorräten, sonstigen Vermögensgegenständen, Sonderposten, Pensionsrückstellungen, sonstigen Rückstellungen, Verbindlichkeiten sowie beim passiven Rechnungsabgrenzungsposten. Passive latente Steuern resultieren im Wesentlichen aus Sachanlagen und Finanzanlagen, Forderungen, Sonderposten, Rückstellungen sowie Verbindlichkeiten.

Für die Pensionsverpflichtungen aus beitragsorientierten Leistungszusagen bestehen Rückdeckungsversicherungsverträge, welche an die Pensionsanwärter sowie Pensionäre verpfändet sind. Die Höhe der Pensionsverpflichtungen ist gemäß § 253 Abs. 1 Satz 3 HGB ausschließlich mit dem Zeitwert der Rückdeckungsversicherung bewertet, da es sich um kongruent rückgedeckte Versorgungszusagen handelt.

Entsprechend § 246 Abs. 2 HGB werden die Verpflichtungen und der Aktivwert der Rückdeckungsversicherung verrechnet. Der Zeitwert der verrechneten Vermögensgegenstände (ursprüngliche Anschaffungskosten TEUR 703) sowie der Erfüllungsbetrag der verrechneten Schulden betragen unter Beachtung bereits geleisteter Zahlungen jeweils TEUR 602.

Der im Geschäftsjahr 2016 im Zeitwert enthaltene Zinsertrag aus den verpfändeten Rückdeckungsversicherungen (TEUR 21) wurde in der Gewinn- und Verlustrechnung mit den Aufwendungen aus der Aufzinsung der Verpflichtung für 2016 (TEUR 21) saldiert. Darüber hinaus wird der Zuführungsbetrag zu den Pensionsverpflichtungen im Personalaufwand ausgewiesen.

Bei den sonstigen Rückstellungen sind alle erkennbaren Risiken sowie ungewissen Verbindlichkeiten angemessen und ausreichend berücksichtigt; bewertet werden diese Verpflichtungen mit ihren voraussichtlichen Erfüllungsbeträgen, die sich nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung ergeben.

Rückstellungen, für die sich aufgrund der geänderten Bewertung eine Auflösung ergeben würde, werden gemäß Art. 67 Abs. 1 Satz 2 EGHGB beibehalten, soweit der aufzulösende Betrag bis spätestens zum 31. Dezember 2024 wieder zugeführt werden müsste.

Die Verbindlichkeiten sind mit ihren Erfüllungsbeträgen angesetzt.

Passive Rechnungsabgrenzungsposten werden für Einnahmen gebildet, die Ertrag nach dem Bilanzstichtag darstellen.

## 2.2 Erläuterungen zur Bilanz

Die Gliederung und Entwicklung des **Anlagevermögens** werden im Anlagenspiegel dargestellt.

Der in den **Anteilen an verbundenen Unternehmen** erfasste Beteiligungsbuchwert der Leipziger Verkehrsbetriebe (LVB) GmbH, Leipzig (Verkehrsbetriebe), erhöhte sich im Geschäftsjahr 2016 durch Zahlungen im Rahmen des Verkehrsleistungsfinanzierungsvertrages (VLFV; TEUR 45.000) sowie durch die Zahlung eines Zuschusses zum Ausgleich von Finanzierungsaufwendungen für die Beschaffung neuer Straßenbahnen (TEUR 2.000). In gleicher Höhe werden Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert vorgenommen, da nachhaltig nicht mit einer entsprechenden Werterhöhung zu rechnen ist.

Die **Ausleihungen an verbundene Unternehmen** enthalten langfristig gewährte Darlehen im Rahmen der Konzernfinanzierung an die Stadtwerke Leipzig GmbH, Leipzig (Stadtwerke; TEUR 123.412), an die Verkehrsbetriebe (TEUR 134.395) und an die Kommunalen Wasserwerke Leipzig GmbH, Leipzig (Wasserwerke; TEUR 148.233).

Von den **Forderungen gegen verbundene Unternehmen** betreffen TEUR 417 (Vj.: TEUR 710) Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, TEUR 6.773 Forderungen aus Cash Management (Vj. TEUR 10.103) sowie TEUR 39.580 (Vj.: TEUR 14.961) sonstige Vermögensgegenstände.

Sämtliche **Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände** sind innerhalb eines Jahres zur Zahlung fällig. Im Vorjahr hatten von den Forderungen und sonstigen Vermögensgegenständen TEUR 2 eine Restlaufzeit von mehr als einem Jahr.

Die **Kapitalrücklage** hat sich im Geschäftsjahr 2016 durch Kapitaleinlagen des Gesellschafters um TEUR 16.271 erhöht.

Die **sonstigen Rückstellungen** enthalten im Wesentlichen die vorsorglich gebildete Rückstellung im Zusammenhang mit der Freistellung der Wasserwerke von möglichen Belastungen im Rahmen des Rechtsstreits der Wasserwerke gegen die Landesbank Baden-Württemberg (LBBW) zu CDO-Transaktionen. Die Aufwendungen aus der weiteren Zuführung von Zinsrückstellungen von TEUR 3.128 werden abweichend zum Vorjahr nicht mehr in den außerordentlichen Aufwendungen, sondern im Zinsaufwand erfasst. Die Rückstellung dotiert zum Bilanzstichtag mit TEUR 90.697.

Weiterhin sind Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten und ausstehende Rechnungen von TEUR 1.755 sowie für Vergütungs- und Urlaubsansprüche der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von TEUR 363 berücksichtigt.

Die **Verbindlichkeiten** gliedern sich entsprechend ihrer Laufzeit wie folgt:

Verbindlichkeiten	Restlaufzeit			in TEUR
	bis zu einem Jahr (Vorjahr)	von einem bis zu fünf Jahren (Vorjahr)	über fünf Jahre (Vorjahr)	31.12.2016 (Vorjahr)
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	71.165 (144.689)	300.010 (306.794)	246.347 (121.260)	617.522 (572.743)
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	875 (745)	0 (0)	0 (0)	875 (745)
3. Verbindlichkeiten gegenüber dem Gesellschafter	26 (0)	1.205 (0)	236.641 (237.846)	237.872 (237.846)
4. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	89.131 (48.050)	0 (0)	0 (0)	89.131 (48.050)
5. Sonstige Verbindlichkeiten	913 (3.035)	0 (0)	0 (0)	913 (3.035)
	<b>162.110</b> <b>(196.519)</b>	<b>301.215</b> <b>(306.794)</b>	<b>482.988</b> <b>(359.106)</b>	<b>946.313</b> <b>(862.419)</b>

Die **Verbindlichkeiten gegenüber dem Gesellschafter** von TEUR 237.872 (Vj.: TEUR 237.846) betreffen im Wesentlichen Verbindlichkeiten aus der Gewährung eines Darlehens durch die Stadt Leipzig (TEUR 237.846). Auf Grundlage der zwischen der Stadt Leipzig und der Stadtholding am 29. Juni 2009 geschlossenen Rangrücktritts- und Kapitalbelastungsvereinbarung tritt die Stadt Leipzig mit ihren gegenwärtigen und zukünftigen Forderungen aus oder im Zusammenhang mit dem Gesellschafterdarlehen hinter alle gegenwärtigen und zukünftigen, auch bedingten, befristeten oder gesetzlichen Ansprüche aller übrigen Gläubiger im Rang zurück. Die Stadt Leipzig verpflichtet sich weiter, während der Dauer der vorliegenden Vereinbarung das Gesellschafterdarlehen bei der Stadtholding zu belassen.

Tilgungen auf das Gesellschafterdarlehen sind bis zur Höhe eines im Konzernabschluss der Stadtholding oder, falls niedriger, im Jahresabschluss der Stadtholding ausgewiesenen positiven, freien Cash Flows zulässig, höchstens jedoch in Höhe eines künftigen Jahresüberschusses und begrenzt auf einzelne Jahreshöchstbeträge. Sämtliche Zahlungen auf das Gesellschafterdarlehen stehen unter der zusätzlichen Voraussetzung, dass die Stadtholding ihren Zahlungsverpflichtungen gegenüber Dritten vollständig und fristgerecht nachkommen kann. Auf Grundlage des Beschlusses der Ratsversammlung der Stadt Leipzig vom 24. August 2016 wurde mit Datum vom 19./21. Dezember 2016 eine Vereinbarung zwischen der Stadt Leipzig und der Stadtholding zur Tilgungsaussetzung für die Jahre 2016 bis 2018 getroffen.

In Umsetzung des Ratsbeschlusses der Stadt Leipzig vom 19. November 2009 erklärt die Stadt Leipzig gegenüber der Stadtholding in der am 1. April 2010 abgegebenen Freigabeerklärung, dass sie alle im Zusammenhang mit dem Gesellschafterdarlehen bisher zu ihren Gunsten bestellten Pfandrechte an den Geschäftsanteilen der Stadtwerke und der Wasserwerke vollständig und unbedingt freigegeben hat.

Weiterhin betreffen die Verbindlichkeiten gegenüber dem Gesellschafter erhaltene Anzahlungen (TEUR 15) sowie Verbindlichkeiten aus einer Kooperationsvereinbarung (TEUR 10).

Die **Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen** enthalten mit TEUR 118 (Vj.: TEUR 39) Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen, mit TEUR 86.686 (Vj.: TEUR 47.694) Verbindlichkeiten aus Cash Management und mit TEUR 2.327 (Vj.: TEUR 317) sonstige Verbindlichkeiten.

Der **passive Rechnungsabgrenzungsposten** enthält Arrangierungsprovisionen im Zusammenhang mit der Ausreichung von Darlehen an verbundene Unternehmen. Die Auflösung erfolgt über die Laufzeit der Darlehensverträge.

### 2.3 Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die Umsatzerlöse betreffen mit TEUR 336 im Wesentlichen Erlöse aus der Erbringung von Dienstleistungen gegenüber verbundenen Unternehmen.

Die sonstigen betrieblichen Erträge enthalten mit TEUR 175 periodenfremde Erträge, davon betreffen TEUR 121 die Auflösung von Rückstellungen.

In den Zinserträgen sind periodenfremde Erträge von TEUR 987 erfasst, welche sich aus Steuererstattungsansprüchen für Vorjahre ergeben.

Darüber hinaus sind periodenfremde Aufwendungen in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen mit TEUR 11 enthalten.

Außergewöhnliche Aufwendungen von TEUR 3.128 ergeben sich aus der Zuführung von Zinsrückstellungen im Rahmen der Freistellung der Wasserwerke von den Risiken aus der CDO-Transaktion mit der LBBW; diese sind nach Entfall des Postens in den Zinsaufwendungen enthalten. In den Zinsaufwendungen sind über dies hinaus periodenfremde Aufwendungen von TEUR 701 erfasst, welche sich aus Steuerverpflichtungen für Vorjahre ergeben.

## 3 Angaben zum Jahresergebnis

Die Stadtholding schließt das Geschäftsjahr 2016 mit einem Jahresfehlbetrag von TEUR 5.308 ab.

Das Jahresergebnis des Geschäftsjahres 2016 ist mit Steuern vom Einkommen und vom Ertrag von TEUR 9.560 und für Vorjahre mit TEUR 8.575 beeinflusst.

Es wird vorgeschlagen, den Jahresfehlbetrag von TEUR 5.308 durch Entnahmen aus den Gewinnrücklagen auszugleichen.

## 4 Ergänzende Angaben

Die Stadtholding stellt gemäß § 290 HGB zum 31. Dezember 2016 einen Konzernabschluss auf. Dieser wird beim Betreiber des elektronischen Bundesanzeigers eingereicht und ist über das Unternehmensregister abrufbar.

### 4.1 Haftungsverhältnisse

Die Stadtholding hat im Rahmen der Konzernfinanzierung Konzernunternehmen aus einem eigenen Avalrahmen über TEUR 7.000 einen Betrag von TEUR 709 zur Sicherung von Altersteilzeitguthaben zur Verfügung gestellt.

Weiterhin hat die Stadtholding bei einem Kreditinstitut einen Avalrahmen über TEUR 15.000 abgeschlossen, welcher zur Stellung von Bürgschaften oder Garantien des Konzerns genutzt werden kann. Dieser wurde zum Bilanzstichtag insgesamt mit TEUR 11.120 in Anspruch genommen.

Beide Avalrahmen sind durch Negativerklärung gesichert.

Darüber hinaus besteht bei einem weiteren Kreditinstitut ein Garantierahmen zur Stellung von Bürgschaften bzw. Garantien des Konzerns. Die Höhe des Garantierahmens entspricht der jeweiligen Inanspruchnahme. Dieser wurde zum Bilanzstichtag von Konzernunternehmen mit insgesamt TEUR 1.188 in Anspruch genommen. Eine Erhöhung der Inanspruchnahme des Garantierahmens wird vertragsbedingt nicht mehr erfolgen, die bestehenden Inanspruchnahmen werden zukünftig abgelöst.

Mit einer Inanspruchnahme wird jeweils aufgrund der positiven Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Konzernunternehmen nicht gerechnet.

#### 4.2 Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Es bestehen sonstige finanzielle Verpflichtungen aus Miet-, Leasing- und Leistungsverträgen von TEUR 3.051, davon TEUR 72 gegenüber verbundenen Unternehmen.

Darüber hinaus sind auf Grundlage des VLFV Zahlungsverpflichtungen an verbundene Unternehmen für die Jahre 2017 und 2018 von jeweils TEUR 45.000 vorgesehen. Für Folgejahre soll anhand von Trennungsrechnungen und des sich für den Planungszeitraum ergebenden Finanzierungsbedarfs die Höchstbetragsregelung überprüft werden.

Weiterhin bestehen Zahlungsverpflichtungen der Stadtholding gegenüber der Verkehrsbetriebe aus Finanzungsverpflichtungen im Zusammenhang mit der Beschaffung von Straßenbahnfahrzeugen beziehungsweise Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur für die Jahre 2017 (TEUR 2.000) und 2018 (TEUR 5.000).

Die Stadtholding hat im Geschäftsjahr 2016 an die Zusatzversorgungskasse des Kommunalen Versorgungsverbandes Sachsen, Dresden, Umlagen von 1,2 % und Zusatzbeiträge von 4,0 % (davon werden teilweise 2,0 % vom Arbeitnehmer getragen) der zusatzversorgungspflichtigen Entgelte aller Beschäftigten geleistet. Die Umlagen und Zusatzbeiträge dienen der mittelfristigen Ausfinanzierung einer Deckungslücke der Zusatzversorgungskasse, die im Zuge der Umstellung auf ein beitragsfinanziertes, kapitalgedecktes Versicherungssystem besteht. Sobald die Ausfinanzierung erreicht ist, soll die Umlage entfallen.

#### 4.3 Angaben zu den Organen

Der **Geschäftsführung** gehören an:

- Herr Dr. Norbert Menke, Sprecher der Geschäftsführung, und
- Herr Volkmar Müller, kaufmännischer Geschäftsführer (Arbeitsdirektor).

Im Geschäftsjahr 2016 wurden den Mitgliedern der Geschäftsführung folgende Leistungen gewährt:

								in TEUR	
	Festes Jahresgrundgehalt	Sonstige Bezüge	Erfolgsabhängige Vergütungen	Gesamtvergütung	Geleistete Zahlungen im Falle der Beendigung der Tätigkeit (Abfindungen)	Art der Altersversorgung*	Altersversorgung (Beitrags-) Aufwand	Im Geschäftsjahr 2016 gezahlte Beträge	
								Gesamtvergütung	davon erfolgsabhängige Vergütung
Dr. Norbert Menke	240 <sup>1</sup>	18	45	303	0	A	30	303	45
Volkmar Müller	220	10	50	280	0	A	25	280	50
	<b>460</b>	<b>28</b>	<b>95</b>	<b>583</b>	<b>0</b>		<b>55</b>	<b>583</b>	<b>95</b>

<sup>1</sup> inklusive Sprecherzulage

\* A – beitragsorientierte Leistungszusage

Die Bezüge der früheren Mitglieder der Geschäftsführung betragen TEUR 42.

Für laufende Pensionen an ehemalige Geschäftsführer sind TEUR 602 zurückgestellt.



Der **Aufsichtsrat** besteht aus folgenden Mitgliedern:

<b>Anteilseignervertreter</b>	
Burkhard Jung Vorsitzender des Aufsichtsrates	Oberbürgermeister der Stadt Leipzig
Torsten Bonew	Bürgermeister und Beigeordneter für Finanzen, Stadt Leipzig
Axel Dyck	Geschäftsführer, FCB Fachbüro für Consulting und Bodenmechanik GmbH
Reiner Engelmann	Diplomlehrer, Freistaat Sachsen
Katharina Krefft	Ärztin, Sachsenklinik GmbH
Dr. Ilse Lauter	Dozentin für Buchführung, Freiberuflich
Andrea Niermann	Richterin, Landgericht Leipzig
Heiko Oßwald	Betriebsprüfer, Finanzamt Leipzig
Claus-Uwe Rothkegel	Geschäftsführer, Rothkegel BauFachhandel GmbH
Frank Tornau	Geschäftsführer, Saxonia Network Systems GmbH
<b>Arbeitnehmervertreter</b>	
Ines Kuche Stellvertretende Vorsitzende	Bezirksgeschäftsführerin, ver.di – Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft, Bezirk Leipzig-Nordsachsen
Matthias Irmischer	Straßenbahnfahrer, Leipziger Stadtverkehrsbetriebe (LSVB) GmbH
Peter Kubiak	Sachbearbeiter Koordination Telekommunikation, Netz Leipzig GmbH
Sabine Lange	stellvertretende Landesleiterin, ver.di – Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft, Landesbezirk Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen
Steffen Laue	Vorsitzender des Betriebsrates, IFTEC GmbH & Co. KG
Jürgen Mehnert	Bezirksleiter, IG Bergbau, Chemie, Energie – Bezirk Leipzig
Ronald Petzold	Vorsitzender des Gemeinschaftsbetriebsrates der Leipziger Verkehrsbetriebe (LVB) GmbH, Leipziger Stadtverkehrsbetriebe (LSVB) GmbH, LeoBus GmbH, Leipziger Verkehrsbetriebe (LVB) GmbH
Steffen Schmidt	Betriebsrat, Stadtwerke Leipzig GmbH
Michaela Späth	Sachbearbeiterin Personalbetreuung, Kommunale Wasserwerke Leipzig GmbH
Steffen Tippach	Bereichsleiter Marketing, Leipziger Verkehrsbetriebe (LVB) GmbH

Die Mitglieder des Aufsichtsrates erhielten für ihre Tätigkeit im Geschäftsjahr 2016 folgende Vergütung und Aufwandsentschädigung:

in TEUR

Anteilseignervertreter	Vergütung	Aufwandsentschädigung
Burkhard Jung Vorsitzender des Aufsichtsrates	1,4	0,5
Torsten Bonew	0,7	0,5
Axel Dyck	0,8	0,5
Reiner Engelmann	0,8	0,5
Katharina Krefft	0,8	0,5
Dr. Ilse Lauter	0,7	0,5
Andrea Niermann	0,7	0,5
Heiko Oßwald	0,7	0,5
Claus-Uwe Rothkegel	0,7	0,5
Frank Tornau	0,7	0,5

in TEUR

Arbeitnehmervertreter	Vergütung	Aufwandsentschädigung
Ines Küche Stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende	1,1	0,5
Matthias Irmscher	0,8	0,5
Peter Kubiak	0,8	0,5
Sabine Lange	0,7	0,5
Steffen Laue	0,7	0,5
Jürgen Mehnert	0,7	0,5
Ronald Petzold	0,7	0,5
Steffen Schmidt	0,7	0,5
Michaela Späth	0,8	0,5
Steffen Tippach	0,8	0,5

#### 4.4 Abschlussprüferhonorar

Auf die Angabe des vom Abschlussprüfer berechneten Gesamthonorars nach § 285 Nr. 17 HGB wird verzichtet, da diese Angaben in dem von der Stadtholding aufgestellten Konzernabschluss zum 31. Dezember 2016 enthalten sein werden.

#### 4.5 Mitarbeiter im Jahresdurchschnitt (§ 267 Abs. 5 HGB)

Die Stadtholding beschäftigte im Jahresdurchschnitt 44 (Vj.: 43) Gehaltsempfänger.

#### 4.6 Anteilsbesitz der LVV Leipziger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH, Leipzig, zum 31. Dezember 2016 (§ 285 Nr. 11 HGB)

##### Verbundene Unternehmen

	Abkürzung	Gesellschafter	Anteil am gezeichneten Kapital %	Eigenkapital TEUR	Ergebnis TEUR
Bau und Service Leipzig GmbH, Leipzig	Bau und Service	Wasserwerke	100,00	1.467	1.987 <sup>1</sup>
ELG Leipzig GmbH, Leipzig	ELG	Stadtwerke Verkehrsbetriebe	10,00	41	3
Gdańskie Przedsiębiorstwo Energetyki Ciepłej Sp. z o.o., Gdańsk, Polen <sup>2</sup>	GPEC	Stadtwerke	82,86	78.288	12.906
GPEC EKSPERT SP. Z O.O., Gdańsk, Polen <sup>2</sup>	GPEC EKSPERT	GPEC	100,00	21	3
GPEC ENERGIA SP. Z O.O., Jelenia Góra, Polen <sup>2</sup>	GPEC ENERGIA	GPEC	100,00	1.359	-592
GPEC PLUS SP. Z O.O.; Gdańsk, Polen <sup>2</sup>	GPEC PLUS	GPEC	100,00	k. A.	k. A.
GPEC PRO SP. Z O.O.; Gdańsk, Polen <sup>2</sup>	GPEC PRO	GPEC	100,00	k. A.	k. A.
GPEC SERWIS SP. Z O.O., Gdańsk, Polen <sup>2</sup>	GPEC SERWIS	GPEC	100,00	5.257	2.845
GPEC STAROGARD SP. Z O.O., Starogard Gdański, Polen <sup>2</sup>	GPEC STAROGARD	GPEC	100,00	5.891	773
GPEC SYSTEM SP. Z O.O., Gdańsk, Polen <sup>2</sup>	GPEC SYSTEM	GPEC	100,00	k. A.	k. A.
GPEC TCZEW SP. Z O.O., Tczew, Polen <sup>2</sup>	GPEC TCZEW	GPEC	100,00	4.770	734
IFTEC GmbH Co. KG, Leipzig	IFTEC	Verkehrsbetriebe LIBV	50,00 0,00	10.157	2.844
Inno Innovationsgesellschaft-Management mbH, Leipzig <sup>3</sup>	Inno mbH	Stadtwerke	100,00	194	-1
Kommunale Wasserwerke Leipzig GmbH, Leipzig	Wasserwerke	Stadtholding	74,65	285.417	24.004 <sup>4</sup>
LAB Leipziger Aus- und Weiterbildungsbetriebe GmbH, Leipzig	LAB	Verkehrsbetriebe LSVB IFTEC	51,00 25,00 24,00	390	9
LAS GmbH, Leipzig	LAS	Stadtwerke	100,00	499	1.857 <sup>1</sup>
Leipziger Servicebetriebe (LSB) GmbH, Leipzig	LSB	Verkehrsbetriebe	100,00	297	27
Leipziger Stadtverkehrsbetriebe (LSVB) GmbH, Leipzig	LSVB	Verkehrsbetriebe	100,00	354	77 <sup>1</sup>
Leipziger Verkehrsbetriebe (LVB) GmbH, Leipzig	Verkehrsbetriebe	Stadtholding	100,00	136.141	0,3 <sup>1</sup>
Leipziger Windpark Management GmbH, Leipzig	LWM	Stadtwerke	100,00	25	0
LeoBus GmbH, Leipzig	LeoBus	Verkehrsbetriebe	100,00	2.123	157
LSI GmbH	LSI	Bau und Service	100,00	453	214
LTB Leipziger Transport und Logistik Betriebe GmbH, Leipzig	LTB	LeoBus Verkehrsbetriebe	75,00 25,00	806	123

## Verbundene Unternehmen

	Abkürzung	Gesellschafter	Anteil am gezeichneten Kapital	Eigenkapital	Ergebnis
			%	TEUR	TEUR
Natur21 GmbH, Leipzig	Natur21	Stadtwerke	100,00	25	2 <sup>1</sup>
Netz Leipzig GmbH, Leipzig	Netz Leipzig	Stadtwerke	100,00	30.009	-8.272 <sup>1</sup>
Orchis Energia Sopot Sp. z o.o., Sopot, Polen <sup>2</sup>	Orchis	GPEC	65,12	1.536	86
Sportbäder Leipzig GmbH, Leipzig	Sportbäder	Wasserwerke	100,00	1.409	0
Stadtwerke Leipzig GmbH, Leipzig	Stadtwerke	Stadtholding	100,00	250.066	64.069 <sup>1</sup>
SWL Beteiligungs GmbH, Leipzig	SWLB	Stadtwerke	100,00	35	-3
Thüringenwind GmbH & Co. Tüngeda KG, Hörselberg-Hainich <sup>3</sup>	Tüngeda	LWM Stadtwerke	0,00 70,00	963	-490
Verkehrs-Consult Leipzig (VCL) GmbH, Leipzig	VCL	IFTEC	75,00	290	562
Wassergut Canitz GmbH, Leipzig	Wassergut	Wasserwerke	100,00	1.489	203 <sup>1</sup>

## Beteiligungen

	Abkürzung	Gesellschafter	Anteil am gezeichneten Kapital	Eigenkapital	Ergebnis
			%	TEUR	TEUR
8KU GmbH, Berlin <sup>3</sup>	8KU	Stadtwerke	12,50	287	6
beka GmbH, Köln <sup>3</sup>	beka	Verkehrsbetriebe	0,47	383	63
envia Mitteldeutsche Energie AG, Chemnitz <sup>3</sup>	enviaM	Stadtholding	0,07 <sup>5</sup>	1.738.767	306.994
Ennovatis GmbH, Großpösna <sup>6</sup>	ennovatis	Innvo mbH	6,27	-246	129
Erdgasversorgung Industriepark Leipzig Nord GmbH, Leipzig	EVIL	Stadtwerke	50,00	436	6
European Energy Exchange AG, Leipzig	EEX	Stadtholding	7,38	129.282	66.132
Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH, Leipzig	FEO	Wasserwerke	25,50	118.498	3.231
FWNL Fernwärmenetz Leipzig GmbH & Co. KG, i. L., Leipzig <sup>6</sup>	FWNL	Stadtwerke	0,15	3.507	-37
Heizkraftwerk Eutritzscher Straße GmbH & Co. KG, i. L., Leipzig <sup>6</sup>	EuKG	Stadtwerke SWLB	25,75 0,00	2.718	-205
Joblinge gemeinnützige AG Leipzig, Leipzig <sup>3</sup>	Joblinge	Stadtwerke	6,67	50	0
KBE Kommunale Beteiligungsgesellschaft mbH an der envia, Chemnitz <sup>7</sup>	KBE	Stadtholding	1,35	511.028	45.837
LIB Verwaltungs-GmbH, Leipzig	LIBV	Verkehrsbetriebe	50,00	26	1
Meter1 GmbH & Co. KG, Halle (Saale)	Meter1 KG	Meter1 GmbH Stadtwerke	0,00 33,33	323	615
Meter1 Verwaltung GmbH, Halle (Saale)	Meter1 GmbH	Stadtwerke	33,33	32	1
Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH (MDV), Leipzig <sup>3</sup>	MDV	Verkehrsbetriebe	17,55	461	0
Servicegesellschaft Saale mbH, Halle (Saale) <sup>3</sup>	SGS	LSB	49,00	132	0

## Beteiligungen

	Abkürzung	Gesellschafter	Anteil am gezeichneten Kapital %	Eigenkapital TEUR	Ergebnis TEUR
SAG Abwicklungs AG (vormals Solarion AG), Zwenkau <sup>8</sup>	SAG	Innvo mbH	11,43	36.620	1.260
Trianel Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG, Aachen <sup>3</sup>	TEE	Stadtwerke	5,66	24.545	-299
Trianel Erneuerbare Energien Verwaltungs GmbH, Aachen <sup>3</sup>	TEEV	TEE	100,00	26	1
Verbundnetz Gas Verwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft m.b.H., Leipzig	VNG VuB	Stadtholding	34,57	317	3
VNG – Verbundnetz Gas Aktiengesellschaft, Leipzig	VNG AG	Stadtholding	7,46 <sup>9</sup>	642.961	-55.825
WEO GmbH & Co. KG, Berlin <sup>3</sup>	WEO KG	WEO GmbH Stadtwerke	33,33	0 <sup>10</sup>	-609
WEO Verwaltungs GmbH, Berlin <sup>3</sup>	WEO GmbH	WEO KG	100,00	36	4

<sup>1</sup> Jahresergebnis vor Ergebnisabführung

<sup>2</sup> Umrechnungskurs Bilanz zum Stichtag, Gewinn- und Verlustrechnung zum Durchschnitt

<sup>3</sup> Angaben entsprechend Jahresabschluss zum 31. Dezember 2015

<sup>4</sup> Jahresergebnis vor Ergebnisabführung und Ausgleichszahlung Minderheitsgesellschafter

<sup>5</sup> treuhänderisch gehaltenes Aktienpaket über KBE

<sup>6</sup> Angaben entsprechend Jahresabschluss zum 31. Dezember 2013

<sup>7</sup> Angaben entsprechend Jahresabschluss zum 30. Juni 2016

<sup>8</sup> Angaben entsprechend Jahresabschluss zum 31. Dezember 2012

<sup>9</sup> über VNG VuB gehaltene LVV-Anteile

<sup>10</sup> nicht durch Vermögenseinlagen gedeckter Verlustanteil der Kommanditisten von TEUR 4.941

## 5 Nachtragsbericht

Weitere Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nicht bereits im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2016 sowie im Lagebericht für das Geschäftsjahr 2016 Erwähnung fanden, sind nach dem Schluss des Geschäftsjahres nicht zu verzeichnen.

Leipzig, den 31. März 2017

Geschäftsführung



Dr. Norbert Menke



Volkmar Müller

## Entwicklung des Anlagevermögens im Geschäftsjahr 2016

LVV Leipziger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH, Leipzig

	Anschaffungs- und Herstellungskosten					31.12.2016
	01.01.2016	Zugänge	Umbuchung	Zuschüsse	Abgänge	
<b>I. Immaterielle Vermögensgegenstände</b>						
1. Entgeltlich erworbene EDV-Programme sowie ähnliche Rechte und Werte	832	138	349	0	0	1.319
2. geleistete Anzahlungen	308	41	-349	0	0	0
	<b>1.140</b>	<b>179</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>1.319</b>
<b>II. Sachanlagen</b>						
1. Bauten auf fremden Grundstücken	4	211	0	-211	0	4
2. Betriebs- und Geschäftsausstattung	192	77	0	0	27	242
3. geleistete Anzahlungen	0	38	0	0	0	38
	<b>196</b>	<b>326</b>	<b>0</b>	<b>-211</b>	<b>27</b>	<b>284</b>
<b>III. Finanzanlagen</b>						
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	1.616.287	47.000	0	0	0	1.663.287
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	369.726	91.000	0	0	54.686	406.040
3. Beteiligungen	131.853	0	0	-16.273	0	115.580
	<b>2.117.866</b>	<b>138.000</b>	<b>0</b>	<b>-16.273</b>	<b>54.686</b>	<b>2.184.907</b>
	<b>2.119.202</b>	<b>138.505</b>	<b>0</b>	<b>-16.484</b>	<b>54.713</b>	<b>2.186.510</b>

in TEUR

Kumulierte Abschreibungen				Buchwerte	
01.01.2016	Zugänge	Abgänge	31.12.2016	31.12.2016	31.12.2015
409	159	0	568	751	28
0	0	0	0	0	0
<b>409</b>	<b>159</b>	<b>0</b>	<b>568</b>	<b>751</b>	<b>28</b>
1	1	0	2	2	3
114	43	27	130	112	88
0	0	0	0	38	0
<b>115</b>	<b>44</b>	<b>27</b>	<b>132</b>	<b>152</b>	<b>91</b>
1.025.658	47.000	0	1.072.658	590.629	590.629
0	0	0	0	406.040	308.543
0	0	0	0	115.580	126.301
<b>1.025.658</b>	<b>47.000</b>	<b>0</b>	<b>1.072.658</b>	<b>1.112.249</b>	<b>1.025.473</b>
<b>1.026.182</b>	<b>47.203</b>	<b>27</b>	<b>1.073.358</b>	<b>1.113.152</b>	<b>1.025.592</b>

## Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den von der LWV Leipziger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH, Leipzig, aufgestellten Konzernabschluss – bestehend aus Konzernbilanz, Konzern-Gewinn- und -verlustrechnung, Konzernanhang, Konzernkapitalflussrechnung und Konzerneigenkapitalpiegel – sowie den Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2016 geprüft. Die Aufstellung von Konzernabschluss und Konzernlagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegt in der Verantwortung der Geschäftsführung der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Konzernabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Konzernabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Konzernlagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Konzerns sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben im Konzernabschluss und Konzernlagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, der Abgrenzung des Konsolidierungskreises, der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der Geschäftsführung sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.



Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns. Der Konzernlagebericht steht in Einklang mit dem Konzernabschluss, entspricht den gesetzlichen Vorschriften, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Leipzig, den 28. April 2017

KPMG AG  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft



Dr. Flascha  
Wirtschaftsprüfer

Strom  
Wirtschaftsprüfer

## Impressum

### Herausgeber

LVV Leipziger Versorgungs- und  
Verkehrsgesellschaft mbH  
Reichsstraße 4  
Speck's Hof/Aufgang A  
D-04109 Leipzig

Tel.: 0341 355300-0  
Fax: 0341 355300-10  
stadtholding@L.de  
www.L.de

### Verantwortlich

Dr. Norbert Menke  
(Sprecher der Geschäftsführung),  
Volkmar Müller  
(kaufmännischer Geschäftsführer  
(Arbeitsdirektor))

### Konzept und Gestaltung

Centralgestalt GmbH  
[www.centralgestalt.de](http://www.centralgestalt.de)

### PDF-Download

[www.L.de/geschaeftsbericht](http://www.L.de/geschaeftsbericht)